# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND 1

KOMM ZU DEN BESTEN! ***Komm zu uns!*** ⊙ Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 175, Samstag, 25. Mai 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange*


## EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN




Ist die Aufrüstung zum Weltkrieg nur »Übung« und Teil eines großen Welttheaters der Herrschenden, um damit den De-facto-Kollaps des US-Dollars zu überlagern? Um uns Verarmung und Niedergang als »grüne Transformation« zu verkaufen? – Viele Menschen hoffen auf dieses »kleinere Übel«. Doch Kriege und Terror gegen die Völker sind leider die Wirklichkeit. Auch hier in der BRD geschehen seit über vier Jahren zuvor nicht vorstellbare Verbrechen. Die Täter: Regierungsmitglieder, Konzernmagnaten, Lügenpresse und ihre willigen Vollstrecker. Doch das Volk beginnt, sich zu wehren. Dies ist die Zeitung der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung. Foto: Norbert/DefoND

## *Der US-Komplex rüstet auf, die BRD soll mitmachen. Zum »Mindset« in der »Zeitenwende«* Von Dr. Christine Born

**Aufrüstung ist das Gebot der Stunde und »der Faktor Zeit hat erste Priorität«, um Deutschland »kriegstüchtig« zu machen, so der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius im Gespräch mit Sandra Maischberger in der ARD am 24. April 2024. Nach Einschätzung des Verteidigungsministers hat Deutschland für die Aufrüstung fünf bis acht Jahre Zeit. Er sei sich ziemlich sicher, dass ein Angriff Russlands nicht unmittelbar bevorstehe.**

In der Rüstungsproduktion »geben wir Gas«. Für die »Wiederherstellung der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr« brauche es dreistellige Milliardenbeträge Steuergeld. Ein »sozialer Kahlschlag« sei jedoch nicht in seinem Sinne, betonte der SPD-Politiker. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht – möglicherweise auch für Frauen – sei in Planung. 2011 war die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt worden. Die Abgeordnete Agnes Malczak von Bündnis 90/Die Grünen betonte damals, dass es ihrer Fraktion lieber gewesen wäre, die Wehrpflicht ganz abzuschaffen. Die »Zeitenwende« und das veränderte »Mindset« (Denkweise; red.) zeigen sich an diesem Beispiel ganz deutlich. Von der Friedensorientierung der Grünen ist mittlerweile kaum etwas übrig. Pistorius erwähnte das Wort »Frieden« im Gespräch ganze zwei Mal: »Wir tun immer noch so, als wenn wir in Friedenszeiten leben würden.« Und noch einmal in seiner Beurteilung der »Schandfleckfrage« von Rolf Mützenich.

### TERRITORIALES FÜHRUNGSKOMMANDO DER BUNDESWEHR

»Die Aufstellung des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr (TerrFÜKdoBw) im September 2022 ist eines der Ergebnisse der Zeitenwende.« Mit dem TerrFÜKdoBw für die Landesverteidigung will die Bundeswehr auch schneller *auf Krisen* reagieren können. Es brauche Kräfte, die gegebenenfalls schnell für einen nationalen Krisenstab bereitstehen. »Damit werde auch Erkenntnissen aus der Arbeit des Corona-Krisenstabes im Bundeskanzleramt Rechnung getragen, so das BMVg.« Generalmajor Carsten Breuer ist erster Befehlshaber des TerrFÜKdoBw. Er leitete zuletzt den Corona-Krisenstab im Bundeskanzleramt. – Die Bundeswehrreform geht jedoch noch weiter in Richtung Zentralisierung, und es ist bereits von einem »Operativen Führungskommando« die Rede.

⊙ Fortsetzung Seite 9




# NICHTOHNEUNS.DE

## INHALT DW175



**IMPRESSUM** | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 175. Ausgabe ab Samstag, 25. Mai 2024. | Redaktionsschluss war am 23. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

**Chefredakteur**: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. 

**NICHTOHNEUNS.DE** | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung**, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

# Wir



# Ja!

## Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

## Großer Bruder

***Der Preis der Republik geht an Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder***

LAUDATIO von Anselm Lenz

**Mit dem Buch »Corona – Inszenierung einer Krise« legte Klaus-Jürgen Bruder eine der wichtigsten Abrechnungen dieser Jahre vor. Etwas Besseres als der »Große Bruder«? Er wäre so einer!**

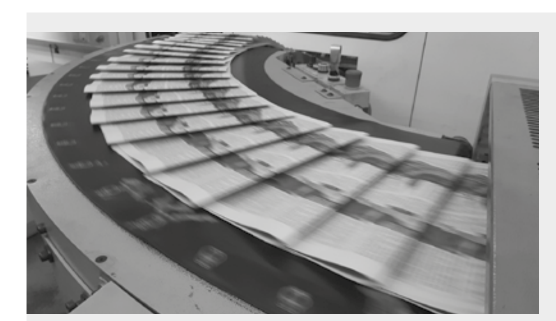
Man muss sich ja schon fragen, was für Pfeifen es im Kapitalismus-Korporatismus in exorbitante Machtpositionen bringen. Bei dem Blick in die Medien, Parteien und Konzernwirtschaft kann einem nur Angst und Bange werden: Wie ist es möglich, dass das abgefeimteste Mistpack, dass diese Gesellschaft hervorgebracht hat, ausgerechnet an entscheidenden Stellen sitzt, sich nicht nur die Taschen vollschaufelt, sondern systematisch lügt, töten lässt, quält und kriegstreibt?

Gibt es bessere Menschen? Anlass zur Hoffnung gibt Klaus-Jürgen Bruder, geboren 1941 in Leipzig. Bruder studierte in Hannover Psychologie, ist seit 1971 Hochschullehrer. 1981 wurde er mit der Arbeit »Psychologie ohne Bewusstsein: Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie« habilitiert. Bruder lehrte seit 1992 an der Freien Universität Berlin. Die FU gerät im Zuge des enthemmten Vorgehens der Regierung gegen Menschenrechtsaktivisten für Gaza wieder weltweit in den Blick, nachdem mit der kriminell-enthemmten Niederschlagung des Volksaufstandes (Stichwort Querdenken) bereits jeder Kredit verspielt worden ist. Kein Zweifel: Wir leben im Neofaschismus, der sich »gegen rechts« inszeniert.

»Die Arbeiten von Bruder drehen sich um die Frage, weshalb Herrschaft so stabil ist, dass ihre Geschichte lediglich von kurzen Momenten der Befreiung unterbrochen wird«, wissen die Onlineseiten Wikipedia über Bruder zu berichten. Mit »Subjektivität und Postmoderne« ist 1993 im einstmals weltberühmten Suhrkamp-Verlag eines von Bruders Hauptwerken erschienen, mit dem er die Kritik auch gegen sein eigenes Fach in Stellung bringt. Den Preis der Republik aber erhält Bruder für sein konstantes Engagement für Frieden, Freiheit, sozialen Ausgleich – und wahre Bewegungen, deren »Großer Bruder« er auch entgegen absurdester Angriffe ist und bleibt. Ein wahrlich Großer verdient unseren Applaus und Dank für seinen Einsatz für unser aller öffentliche Sache!

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN PROFESSOR DR. KLAUS-JÜRGEN BRUDER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

**DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE**

# Alerta, alerta

EINWURF von Werner Köhne

**»Alerta, alerta, antifascista« (aufgepasst, seid wachsam Antifaschisten) – so der ehemalige Schlachtruf italienischer Widerstandskämpfer.**

Er eignet sich in seinem fetzig exotischen Rhythmus besser zum politischen Kampfbegriff als der wesentlich behäbiger wirkende Slogan »Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung«, den man in den letzten Jahren auf deutschen Bann- und Demonstrationsmeilen zu hören bekam. Italienisch und Spanisch wirken einfach cooler und exotischer als ein Deutsch, das sich oft zwischen bräsigem Predigtton und Vorwärts-Marsch verfängt.

### EIN PHANTOM NAMENS NAZI

Kaum verwunderlich also, wenn sich die (*Fake*-)Antifa mit der attraktiveren Suggestion aus Worten und Rhythmus in die historische Kette der antifaschistischen Widerstandskämpfer einzufügen sucht. Verständlich irgendwie auch, wenn sie sich – meist in kleinen Gruppen – an die Füße von vermeintlichen Nazis heften will, um denen mit Sachargumenten wie »Halt die Fresse« den Garaus zu machen. Unbeschadet der Frage, ob die Antifa möglicherweise von irgendeiner Gutmenschenclique Gelder bezieht, mit denen sie ihre Unkosten begleicht, beunruhigt mich alten Gorlebenhüttenbauer und Friedensaktivisten der Umstand, dass für diese *Streetfighter* die Feindbestimmung so total anders ausfällt als bei mir.

Frage an die (*Fake*-)Antifa also: Gegen wen kämpft ihr eigentlich wirklich? Während ihr (vermeintlichen) Nazis nachjagt, habt ihr keine Probleme damit, euch mit politischen Repräsentanten zusammenzutun und mit denen sogar gemeinsam auf die Straße zu gehen. Was aber am meisten stört: Ihr begeht ein linkes Sakrileg, wenn ihr euren Widerstand so begründet: Nicht der Kapitalismus, nicht der digital finanzielle Komplex, nicht einmal das System selbst werden von euch länger als Feinde ausgemacht, sondern ein Phantom namens Nazi.

Wie ist so etwas möglich? Einst in Zeiten von Friedens- und Umweltbewegung gab es noch den schwarzen Block, der sich als Desperadogruppe verstand und sich sogar mit der Polizei anlegte. Inzwischen dackeln Ordnungshüter – wohlwollend oder nicht – um die (*Fake*-)Antifa herum, wenn die plötzlich aus irgendeiner Nebenstraße auftaucht, um als Chor der Gerechten gegen Friedensdemonstranten zu performen – an der Seite ihrer politischen Ahnen aus Italien und Spanien. Was die wohl zu dieser Posse sagen würden.

# CORONA: LÜGEN-KONSTRUKT BRÖCKELT IMMER MEHR

***Doch das WHO-Pandamieabkommen rückt näher*** | Von Klaus Müller

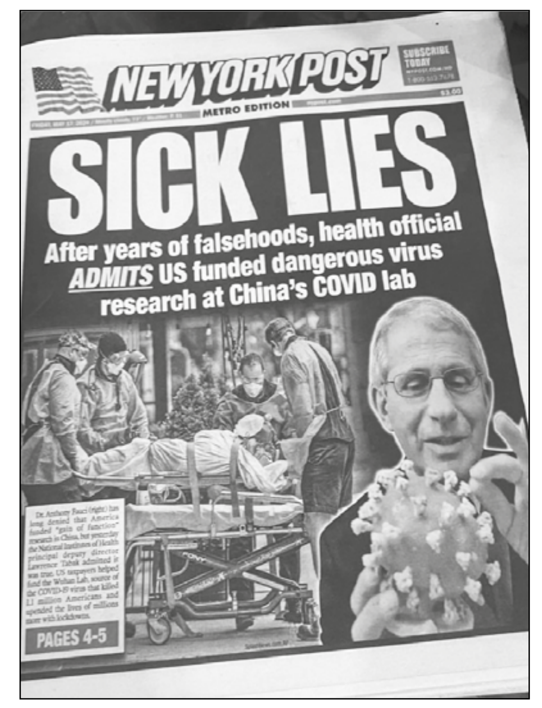
**Das ist keine gute Nachricht: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht nach erfolgten umfassenden Änderungen kurz vor einer Einigung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und würde somit einen großen Schritt in Richtung Verabschiedung des Pandemievertrags machen. Die 194 Mitgliedsstaaten »gaben ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer wichtigen und innovativen Reihe von Änderungen der IGV«, heißt es in einer Presseerklärung. WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus sprach von einem »historischen Ereignis«. Durch die IGV soll es, so wird es als Begründung vorgeschoben, für die Staaten einfacher werden, Gesundheitskrisen von internationaler Tragweite erkennen zu können, um entsprechend darauf reagieren zu können. Der Prozess zur Überarbeitung wurde 2022 eingeleitet und findet parallel zu den Verhandlungen über ein globales Pandemieabkommen statt. In Wahrheit geht es der von *Big Pharma* unterwanderten WHO jedoch einzig um Macht, um künftig über die nationalen Parlamente hinweg vermeintliche Pandemien ausrufen zu können.**

»Sick lies« (dt.: »Kranke Lügen«) prangte am 17. Mai in großen Lettern auf der Titelseite der *New York Post* (Foto). Auch mehr als vier Jahre nach Ausbruch der sogenannten Corona-Pandemie wollen sich die USA aus der Verantwortung stehlen und die Schuld für das Desaster China in die Schuhe schieben. Doch Fakt ist: COVID-19 ist ein von Menschenhand geschaffenes Virus, das aus einem chinesischen Labor entwich, das teilweise von der US-Regierung finanziert wurde. Auch heute noch dürfe man das nicht sagen, heißt es im Artikel, obwohl es das einzig plausible Szenario sei, nachdem China erlaubt wurde, alle Beweise zu vernichten. Mit Lawrence Tabak, stellvertretender Direktor des National Institutes of Health (NIH), gab nun ein Gesundheitsbeamter zu, dass die USA die gefährliche und verantwortungslose *Gain-of-function*-Virusforschung im Wuhan Institute of Virology mitfinanziert haben. Er überführte Joe Bidens ehemaligen Corona-Berater Anthony Fauci somit der Lüge.

Die Corona-Lügen trieben Millionen Menschen in äußerst schädliche Injektionen, die u. a. zu gefährlichen Blutverklumpungen führen (vgl. DW-Ausgabe 174). Laut EMA gibt es im Zusammenhang mit den Coronaspritzen bereits über 28.000 Todesfälle und mehr als 660.000 schwere Nebenwirkungen. Der *Demokratische Widerstand* berichtete darüber schonungslos von Anfang an. Bis heute gibt es keine Aufarbeitung über die Geschehnisse der Plandemie. Im Gegenteil: »Eine ›Aufarbeitung‹ des Covid-Regimes gibt es nur in eine Richtung: alles richtig gemacht, Millionen Leben gerettet. Das hört man von den Bürokraten des Gesundheitswesens – ob in Wien, Berlin, Brüssel oder Washington – und ihren ›Wissenschaftlern‹ und ›Journalisten‹. Zugleich wird – nicht nur im Rahmen der neuen WHO-Verträge – auf mehr ›Pandemievorbereitung‹ gesetzt. Wesentlich dabei: Noch schnellere ›Impfstoff‹-Entwicklung«, bringt es der Wissenschaftsblog *tkp.at* treffend auf den Punkt. »Durch die Corona-Krise hat sich der Reichtum der Milliardäre verdoppelt und die Mehrheit der Menschen ist ärmer geworden. Es ist sehr verlockend, dieses böse Spiel zu wiederholen«, warnte Professor Andreas Sönnichsen im DW (siehe Ausgaben 154, 172). »Die WHO und ihre Hintermänner haben die Macht, Pandemien zu planen. Und wer weiß – Stichwort *Gain-of-function* – ob das nächste Virus ähnlich harmlos ist wie das Coronavirus. Für mich ist klar: Sie werden weitermachen.«

Umso wichtiger ist es, das WHO-Pandemieabkommen, das eine Gefahr für die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte aller Menschen darstellt, abzuwehren. Seit dem 16. Mai wissen wir, auf wessen Unterstützung wir dabei nicht zählen können. An jenem Donnerstag wurde im Bundestag über den Antrag der AfD – »Ablehnung des WHO-Pandemievertrags sowie der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften« – abgestimmt. Das Ergebnis: 578 Abgeordnete lehnten den Antrag ab, 71 stimmten ihm zu. Traurig: Kein einziger Abgeordneter vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stimmte für den Antrag. Zehn Abgeordnete waren vor Ort und gaben ihre Stimme nicht (!) ab. Das Aufrechterhalten der demokratiefeindlichen »Brandmauer« gegenüber der AfD ist dem BSW also offenbar wichtiger als die Souveränität gegenüber der korrupten WHO zu wahren.

»Brandmauer« wichtiger als Souveränität: Das Abstimmverhalten des BSW am 16. Mai im Bundestag zum Pandemieabkommen spricht Bände. Kein einziger der anwesenden Abgeordneten gab seine Stimme ab. Foto: Screenshot bundestag.de




Die New York Post bringt es auf den Punkt und berichtet in ihrer Ausgabe vom 17. Mai in Sachen Corona über »kranke Lügen«. Foto: Screenshot NY Post

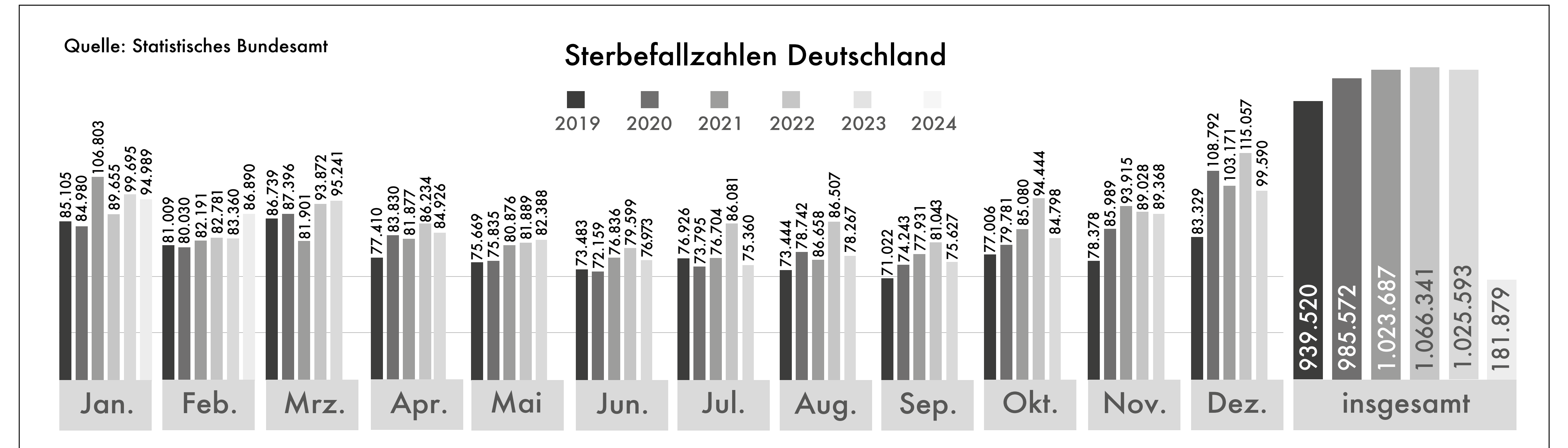
## MELDUNG

### KANZLERAMT MUSS RKI-FILES OFFENLEGEN

Berlin/DW. Das Verwaltungsgericht Berlin hat das Kanzleramt verurteilt, wichtige Teile der Corona-Protokolle zu entschwärzen und gab somit dem Frankfurter Arzt Christian Haffner, der geklagt hatte, Recht. (kmü)

### NÄCHSTE PANIK DURCH VOGELGRIPPE?

Genf/DW. Sie planen wohl die nächste Angst. Laut diversen Medienberichten breitet sich das Vogelgrippe-Virus H5N1 weiter aus. »Die meisten meiner Kollegen schätzen das Risiko einer Pandemie durch einen Abkömmling von H5N1 als hoch ein«, sagte Epidemiologe Alexander Kekulé der *Bild*. »Wenn es dem Virus gelingen sollte, sich an die menschlichen Andockstellen anzupassen«, sei die nächste Pandemie «so gut wie sicher«. H5N1 breitet sich derzeit vermehrt unter Säugetieren aus. In den USA wurde das Virus inzwischen auf einen zweiten Menschen übertragen, der zuvor Kontakt zu einer infizierten Kuh hatte. (kmü)




### WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.*

*Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.*
*Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

# Armutszeugnis der Justiz im Fall »Reichsbürgerputsch«

GERICHTSREPORT von Alexandra Motschmann



Die gleichgeschaltete Fake-Justiz lebt sich auf die amerikanische Tour aus: Sicherheitsglas für den vermeintlichen »Reichsbürgerprozess«. Foto: DW

**Am 21. Mai 2024 hätte die deutsche Justiz Geschichte schreiben können. Rechtsanwalt Roman von Alvensleben, der Verteidiger von Heinrich XIII. Prinz Reuß, hat gleich zu Beginn der Hauptverhandlung in Frankfurt am Main den Antrag auf digitale Aufzeichnung der Verhandlung gestellt.**

Bereits am 21. September 2023 war der Entwurf eines Gesetzes »zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung« (DokHVG 20/8096) von der Bundesregierung vorgelegt und vom Parlament beraten worden. Es soll die bundesweit verbindliche Einführung zum 1. Januar 2030 angestrebt werden. Sieben Monate nach diesem Gesetzesentwurf wurde es also dem Senat unter der Leitung von Jürgen Bonk in Frankfurt als Antrag vorgelegt. Die Richterschaft hätte Vorreiter sein können. Doch anscheinend hatte man nicht den nötigen Mut, es zu wagen.

Deutschland bildet momentan die Nachhut in den digitalen Aufzeichnungen von Gerichtsprozessen. International sind die digitalen Aufzeichnungen schon Usus und keine Neuheit mehr. Bedauerlich, dass bei so einem wichtigen Fall in der deutschen Geschichte der Justiz gegen die Transparenz entschieden wurde.

Interessant in diesem Fall des angeblichen Putsches einer Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen ist, dass diese Hauptverhandlung in drei verschiedenen Gerichten stattfindet, in den jeweiligen Landeshauptstädten von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Man kann dies hier bildlich vergleichen mit einem Banküberfall an dem mehr als ein Dutzend Personen beteiligt gewesen sein sollen und auf die Gerichte München, Stuttgart und Frankfurt aufgeteilt werden, was einem justitären Absurdistan gleichkommt.

### PROFESSOR SCHWAB IM EINSATZ BEI GERICHT

Professor Dr. jur. Martin Schwab, einer der Verteidiger von Johanna F., hat seinen Unmut über diese Situation bezeugt und darauf hingewiesen, dass diese Teilung sicherlich zu einigen Unstimmigkeiten und Verwirrungen führen wird. Und so geschah es auch: Den Verteidigern von Hans-Joachim H. in Frankfurt wurde eine Abschrift nicht ordnungsgemäß und nicht rechtzeitig zugestellt, wobei die Anwaltskollegen in Stuttgart die Abschrift bereits erhalten hatten. Die Bundesanwaltschaft vertreten durch Kai Lohse, Dr. Tobias Engelstetter, Dr. Christina Maslow und Christian Konert bedauerten den Umstand und beteuerten, dass solch ein Fauxpas in der Zukunft vermieden werde. Martin Schwab wies nochmals mit Nachdruck darauf hin, solche Fehler möglichst schnell zu beseitigen.

Zudem merkte Schwab an, dass die Bundesstaatsanwaltschaft in seiner Klageverlesung immer wieder auf den Begriff der Verschwörungstheoretiker im Zuge der Pädophilie hingewiesen hat, was man auch im Kontext der Coronamaßnahmen und den im Jahre 2020/21 benutzten Worten wie Aluhutträger, Querdenker und Verschwörungstheoretiker, die jetzt durch die von den *DW*-Kollegen von *Multipolar* erstrittenen RKI-Protokolle wohl heute als »die Seher« geehrt werden müssten. Zu diesen Farce-Prozessen gegen eine Gruppe von Menschen kann man nur sagen: »Wo die Wahrheit liegt!« Und fragen: »Quo vadis deutsche Justiz«?



Alexandra Motschmann ist Dichterin und Managerin von internationalen Großprojekten in der IT-Branche. Sie lebt in Bayern.

# Kommen bald auch Kochrezepte gegen rechts?

***Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick*** | Von Klaus Müller

**Liebe Leser, haben Sie schon die Mai-Ausgabe der *Brigitte* gesehen? In der Frauenzeitschrift geht es diesmal nicht um die neueste Bademode oder Bikini-Diät, die Redaktion nimmt sich jetzt den wirklich wichtigen Themen an: »Demokratie stärken! Guten Ideen gegen rechts«, prangt auf der Titelseite. Puh, da fragt man sich: Was kommt als Nächstes? *Make-up*-Tipps gegen rechts, Frisuren-Trends oder Kochrezepte gegen rechts? Vielleicht ja auch ein Starschnitt à la *Bravo*: Nancy Faeser (SPD), die Retterin von Demokratie und Meinungsfreiheit, in Lebensgröße.**

»Immer wenn Frau Faeser in Sachen Meinungsfreiheit den Mund aufmacht, habe ich das Gefühl, da spricht jemand, der von Verfassung und von Grundrechten der Bürger in Deutschland keine Ahnung hat. Es gibt jetzt schon eine ganze Reihe von Äußerungen, [...] mit denen sie sich nicht mehr auf dem Boden der Verfassung befindet«, erklärte nun der renommierte Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel gegenüber *Achtung, Reichelt!*. Aussagen, die die Leser dieser Zeitung kaum noch verwundern dürften. Ebenso wie die Tatsache, dass Frau Faeser offenbar eine recht humorlose Frau ist. Aus einer Anfrage der fraktionslosen Abgeordneten Joana Cotar geht hervor, dass die Bundesregierung in der bisherigen Legislaturperiode 108 Anzeigen erstattet hat wegen vermeintlich strafrechtlich relevanter Meinungsäußerungen im Internet, »die im Zusammenhang mit dienstlichen Auftritten« stehen. Darüber berichtete *nius.de*. Demnach gehen mit 51 die meisten Anzeigen auf – na, klar – Nancy Faeser zurück, gefolgt von Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnisgrüne), die es auf 38 Anzeigen bringt. Liebe Damen, da geht noch was.

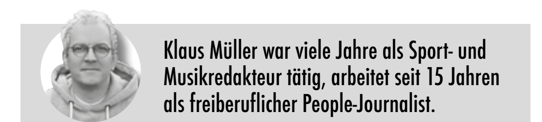
Apropos Trampolinspringerin: Baerbock erklärte nun in *Bild*, warum sie Deutschland liebt – weil »Pommes-Schranke auf dem Dönerteller unschlagbar ist, weil uns unsere Vielfalt nicht nur am Imbissstand stärkt. Wir sind: ›Mit alles und scharf‹.« Puh, da vergeht manchem sicher der Appetit.

Die SPD-Fraktion im Bundestag *postete* am Dienstag in den sozialen Medien ein Video mit dem folgenden Hinweis: »The one and only Karl Lauterbach erklärt kurz, knapp und klar, wieso wir jetzt für die Demokratie kämpfen müssen.« Seine Antwort klingt wie eine Realsatire: »Demokratie lernt man zu schätzen, wenn man sie nicht mehr hat«, weiß Karlatan zu berichten. »Und wenn sie nicht mehr da ist, dann ist man überhaupt nicht mehr sicher. Dann ist man gefährdet. Das kann bis in die körperliche Gefährdung hineingehen ...« Sagt einer, der vor nicht allzu langer Zeit wegen einer gefährlichen Seuche eine Giftspritzenpflicht einführen wollte und – wie wir dank der RKI-*Files* wissen – alle, die sich dem verweigerten, also völlig gesunde Menschen, aus dem öffentlichen Leben ausschließen wollte. Tja, das ist eben das Dikt..., äh, Demokratie-Verständnis eines Karl Lauterbachs.

Im beschaulichen bayerischen Kurstädtchen Bad Reichenhall wurde jetzt ein möglicher Wahlbetrug aufgedeckt. Eine Bürgerin hatte Briefwahlunterlagen entdeckt, die bereits im Vorfeld angekreuzt worden waren. Oberbürgermeister Christoph Lung (CSU) bestätigte, dass insgesamt »fünf vorausgefüllte Stimmzettel gefunden« wurden, wie die *Passauer Neue Presse* am Dienstag berichtete. Welche Partei auf den Wahlzetteln angekreuzt war, ist bislang unklar. Bezeichnend: Die *Bild*-Zeitung bezeichnet den Vorfall lediglich als »Wahlpanne«. Aber wen wundert das noch?

Eine ziemlich düstere Zukunftsvision für unser Land *postete* Finanzwissenschaftler Prof. Stefan Homburg am Dienstag auf X. Seine Erwartungen für 2024: »1. Deindustrialisierung geht weiter. 2. Illegale Massenzuwanderung ebenso. 3. Deutschland stimmt für WHO-Vertrag. 4. An der Urne stützen 80 Prozent diese Politik. 5. Haldenwang *cancelt* die übrigen 20 Prozent.«

Das Einparteienkartell macht jetzt übrigens auch schon bei der Wahlwerbung gemeinsame Sache: Derzeit geht ein Plakat im Netz viral, das aus dem bayerischen Landkreis Roth stammt und das Ergebnis einer gemeinsamen Aktion von CSU, Bündnisgrüne, Freie Wähler, SPD, FDP und Linke ist. Darauf steht geschrieben: »Was auch immer du wählst: Wähl' die Demokratie!« Die CDU wirbt derweil auf Wahlplakaten mit dem *Slogan* »Schleusern das Handwerk legen. Am besten mit Handschellen« – und ließ sich – wie nun bekannt wurde – von Schleuserbanden schmieren. NRW-Innenminister Herbert Reul jedenfalls soll 28.000 Euro für seinen Wahlkampf vom Hauptbeschuldigten einer Schleuserbande erhalten haben, was er dem *Kölner Stadt-Anzeiger* bestätigte. Ist das nicht irre?



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



# PRESSEERKLÄRUNG ZUM PROZESSAUFTAKT

**KOLUMNE RECHTSSTAAT**
*von Prof. Dr. Martin Schwab*

**In der Strafsache gegen Prinz Reuß und andere vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main. Die Verteidigung der Angeklagten Johanna F. erklärt sich zum oben genannten Strafverfahren wie folgt.**

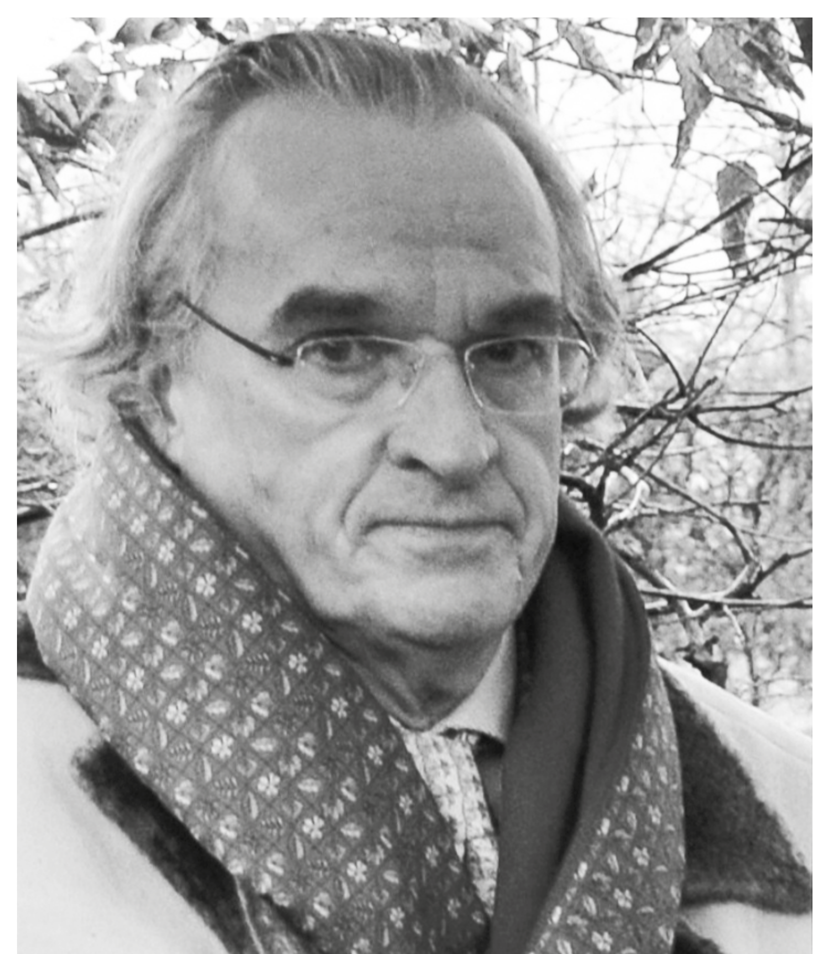
1. Unsere Mandantin ist keine Reichsbürgerin. Sie hat sich vom Reichsbürger-Gedankengut stets distanziert. Wir nehmen mit Entsetzen zur Kenntnis, wie wenig in der Medienberichterstattung dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die Angeklagten in diesem Verfahren sowie in den Parallelverfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart und dem OLG München keinen einheitlichen weltanschaulichen Hintergrund haben.

2. Wir bitten daher, bei der Berichterstattung jeglichen Eindruck zu vermeiden, unsere Mandantin sei Reichsbürgerin oder gehöre einer Gruppe von Reichsbürgern an. Wir bitten ferner darum, unsere Mandantin in der Berichterstattung nicht mit vollem Namen zu nennen. Wir bitten außerdem darum, im Zusammenhang mit der Berichterstattung über das oben genannte Strafverfahren keine Fotos von unserer Mandantin zu veröffentlichen.

3. Mit Entsetzen nehmen wir außerdem das Gebaren von Bundesanwalt Kai Lohse bei seinem Interview zur Kenntnis, das er am Rande des ersten Verhandlungstages in Frankfurt geführt hat und das im Fernsehen ausgestrahlt worden ist. In diesem Interview tut Herr Lohse so, als seien die Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Vorwürfe bereits überführt. Eine solche mediale Vorverurteilung ist jedoch nach den Grundsätzen, die der Bundesgerichtshof zur medialen Verdachtsberichterstattung aufgestellt hat (siehe zum Beispiel BGH vom 18. Juni 2019 – VI ZR 80/18, BGHZ 222, 196 Rn. 50), kategorisch verboten. Wir bitten darum, die Standards dieser Rechtsprechung auch in der Medienberichterstattung zu berücksichtigen. Selbstverständlich haben sich auch der Generalbundesanwalt und seine Vertreter an diese Standards zu halten.

4. Die Entscheidung des Generalbundesanwalts, die angeblichen Mitglieder der angeblichen Vereinigung in drei getrennten Prozessen an drei verschiedenen Gerichten zu verklagen, verletzt geltendes Recht (Paragraph § 3 Strafprozessordnung; Ziffer 114 RiStBV).

a) Die Trennung der Prozesse hat zu keiner Beschleunigung der Anklageerhebung geführt; denn alle drei Anklagen wurden am 8. Dezember 2023 erhoben. Die Trennung wird vielmehr dazu führen, dass Aussagen, die in einem der drei Prozesse gemacht werden, in den beiden jeweils anderen Prozessen wiederholt werden müssen (Prinzip der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme). Es genügt nicht, Erklärungen aus anderen Verfahren zu verlesen. Alle Angeklagten sind aktuell inhaftiert. Soweit sich einer der Angeklagten zur Sache einlässt, muss er daher mit großem Aufwand an die jeweils anderen Gerichtsstandorte transportiert werden. Wenn einem Zeugen oder Angeklagten Beweisergebnisse aus einem Prozess in einem der beiden anderen Prozesse vorgehalten werden, wird die Verteidigung dies jedes Mal einzeln rügen müssen. Insgesamt droht daher eine beträchtliche Verfahrensverschleppung.



Millionen Deutsche hoffen nach bald 80 Jahren auf den Abzug der amerikanischen und englischen Besatzungstruppen aus Deutschland und auf eine souveräne deutsche Demokratie. – Können alter Adel und der Thronfolger Prinz Reuß (auf dem Bild, 2018) dabei helfen? Foto: Steffen Löwe/CC

b) Die Trennung der Prozesse beeinträchtigt gewichtige Belange der Angeklagten. Da sie und ihre Verteidiger nämlich den jeweils anderen Prozessen schon kaum beiwohnen können, jedenfalls aber in den jeweils anderen Prozessen kein kontradiktorisches Fragerecht haben, verschafft sich der Generalbundesanwalt einen systematischen Informationsvorsprung. Das Gebot eines fairen Verfahrens ist damit verletzt. Außerdem wird auf diese Weise das Anwesenheitsrecht der Angeklagten (§§ 230, 338 Nr. 5 StPO) faktisch ausgehöhlt. Schließlich kann es nunmehr passieren, dass die Angeklagten in einem Verfahren als Zeugen in den beiden anderen Verfahren in Betracht kommen. Die Trennung von Prozessen mit dem Ziel, die Beteiligtenstellung in dieser Weise zu manipulieren, ist nach der Rechtsprechung des BGH (vom 14.5.1967 – 1 StR 552/67, juris Rn. 9 f.) unzulässig.

5. Eine Mitangeklagte im Frankfurter Verfahren hat sich unlängst im Rahmen eines Haftprüfungstermins zur Sache eingelassen. Die unautorisierte Niederschrift über diesen Termin wurde vom Generalbundesanwalt in das Stuttgarter Verfahren eingeführt. Die Verteidiger der übrigen Angeklagten im Frankfurter Verfahren wurden davon nicht in Kenntnis gesetzt. Eine solche offensichtlich rechtswidrige Vorgehensweise des Generalbundesanwalts wäre nicht denkbar gewesen, wenn die Anklage wie geboten gegen alle Beschuldigten zusammen in einem einzigen Prozess erhoben worden wäre.

6. Inhaltlich ist die Anklageschrift in einem zentralen Punkt kriminalistisch unschlüssig. Einerseits wird die den Angeklagten unterstellte Annahme, führende Politiker und andere relevante Akteure seien in den rituellen Missbrauch von Kindern in unterirdischen Tunnelsystemen verstrickt, als »Verschwörungstheorie« und damit als irreales Hirngespinst abgetan. Andererseits wirft der Generalbundesanwalt den Angeklagten vor, sie hätten mithilfe von Beweisen über diese Missbrauchspraktiken die öffentliche Meinung für ihre angeblichen Umsturzpläne gewinnen wollen. Wie man indes mithilfe von Hirngespinsten die öffentliche Meinung hat beeinflussen wollen, bleibt unbeantwortet.

7. Der Vorwurf, unsere Mandantin habe versucht, bei der russischen Regierung um militärische Unterstützung für die angeblichen Umsturzpläne zu werben, ist haltlos und absurd.

*Für die Verteidigung*
*Prof. Dr. Martin Schwab*

## ZITAT DER WOCHE



Foto: privat

**»Der Trend unserer Zeit: Gegen rechts sein und nicht erkennen, dass der neue Faschismus im linken Gewand und den Farben des Regenbogens daherkommt.«**

Wirtschaftsexperte Ernst Wolff in einem Telegram-Post am 18. Mai 2024.

## MELDUNG

### ASSANGE DARF BERUFUNG EINLEGEN

London/DW. Das juristische Tauziehen um die Auslieferung von Julian Assange an die USA geht weiter. Der WikiLeaks -Gründer und dem DW-Ehrenherausgeber darf in Großbritannien Berufung gegen seine Auslieferung an die USA einlegen. Assange hatte Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt, wurde am 11. April 2019 unrechtmäßig festgenommen und sitzt seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. (kmü)

### JUSTIZ SCHONT VON DER LEYEN

Brüssel/DW. Es ist ein Skandal: Nicht nur, dass sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula Leyen (CDU) der Aufklärung in Sachen »Pfizergate« entziehen will, nun wird sie von der Justiz auch noch bis Ende 2024 verschont. Das berichtet *Tichy's Einblick*. Erst im Dezember soll über die Zuständigkeit des Falles zur Untersuchung des Pfizer-Deals entschieden werden. Während die deutschen Konzernmedien (einmal mehr) schweigen, berichtet die internationale Presse von einer »Liebe auf den ersten Blick« zwischen Leyen und Pfizer. (kmü)

### AHRTALFLUT: ABSCHLUSSBERICHT BLEIBT UNTER VERSCHLUSS

Ahrtal/DW. Bei der Ahrtalflut 2021 starben 135 Menschen, unzählige Häuser, Straßen und Brücken wurden zerstört. Wie die Staatsanwaltschaft Koblenz nun mitteilte, wird sie den Abschlussbericht zur Flutkatastrophe unter Verschluss halten – aus rechtlichen Gründen. Landwirt Anthony Lee (Seite 10), der von Beginn an in die Geschehnisse vor Ort involviert war, hat dazu eine klare Meinung: »Offenbar hat man was zu verbergen. Es ist ein Skandal, dass niemand die politische Verantwortung übernehmen will und niemand zur Rechenschaft gezogen wird«, so der Bauernsprecher gegenüber DW. »Vor wenigen Tagen erst war ein guter Freund von mir im Ahrtal unterwegs und schockiert, wie schlimm es dort – auch jetzt drei Jahre später – immer noch aussieht. Für alles in der Welt ist Geld da, nur nicht für die eigenen notleidenden Bürger.« (kmü)

### VOLKSVERPETZER VOR DEM AUS?

Berlin/DW. Dem Hetzportal *Volksverpetzer* wurde vom Finanzamt Augsburg der Status der Gemeinnützigkeit entzogen, weshalb dem *Online-Blog* nun finanzielle Schwierigkeiten drohen, da ein »hoher fünfstelliger Betrag« nachgezahlt werden müsse. »Sollte der *Volksverpetzer* seine Tätigkeit deswegen einstellen müssen, weine ich ihm keine Träne nach. Der *Volksverpetzer* betreibt spätestens seit der Corona-Zeit (vorher hatte ich diesen *Blog* nicht zur Kenntnis genommen) widerwärtigste Hetze gegen Kritiker des Regierungshandelns und schreckt dabei vor primitivstem *Framing* nicht zurück«, kommentierte *DW*-Kolumnist Prof. Martin Schwab auf Facebook. (kmü)



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
MONTREAL - CA: Monday 1pm • Quebec Media • The Art of Peace
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

## IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskow-Allee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.



## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokrati-

| Termin | Ort | Art |
|---|---|---|
| Sa, 25.5.2024 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 25.5.2024 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 25.5.2024 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 25.5.2024 15-18 Uhr | Frankfurt, Bockenheimer Anlage | Friedensdemo |
| Sa, 25.5.2024 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 25.5.2024 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 25.5.2024 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 25.5.2024 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 26.5.2024 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 27.5.2024 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-20:30 Uhr | Amberg, Am Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20 | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Bad Bergzabern, am Schloss | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Bad Homburg, Rathausvorplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Bad Reichenhall, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Balingen, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Bautzen, Kornmarkt | Mahnwache |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Bernau, Rathaus | Demoaufzug |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 27.5.2024 16-18 Uhr | Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz | Schilderdemo |
| Mo, 27.5.2024 19-20 Uhr | Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Dinslaken, am Rittertor | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13 | 3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 27.5.2024 18:30-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg | Umzug |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Falkensee, alte Stadthalle | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:45-21 Uhr | Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20:30 Uhr | Frankfurt am Main, Konstablerwache | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Greifswald, am Markt | Demo |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-20 Uhr | Heidelberg, am Bismarckdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Höxter, Weserstr. 11 | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-19:30 Uhr | Jena, am Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19:30 Uhr | Jülich, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Konstanz, Münsterplatz | Demoaufzug |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Leipzig, Augustusplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Melsungen, Am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Mindelheim, Maximilian Straße 26 | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19:30 Uhr | München, Stachus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-20:30 Uhr | Naumburg, Vogelwiese | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Neubrandenburg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Oldenburg, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Oschatz, Rathaustreppe | Montagsspaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Reinheim, Stadtpark | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Salzwedel, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Siegen, Jakob-Scheiner-Platz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:45-20:15 Uhr | Solingen, Am Neumarkt | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Spremberg, Nettoparkplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 17:30-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Stralsund, Olof-Palme-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 27.5.2024 18-19 Uhr | Sulz am Neckar, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-20:30 Uhr | Weimar, Theaterplatz | Demo |
| Mo, 27.5.2024 17:30-19 Uhr | Werder(Havel), Plantagenplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 27.5.2024 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 27.5.2024 18:30-21 Uhr | Wolfenbüttel, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-20 Uhr | Würselen, Morlaixplatz | Spaziergang |
| Mo, 27.5.2024 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 28.5.2024 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 28.5.2024 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 28.5.2024 18-20 Uhr | Varel, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 28.5.2024 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 28.5.2024 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 29.5.2024 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 29.5.2024 17-19 Uhr | Landshut, Martinikirche | Andacht |
| Mi, 29.5.2024 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 29.5.2024 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 29.5.2024 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 29.5.2024 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 29.5.2024 19-20:30 Uhr | Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule | Spaziergang |
| Mi, 29.5.2024 18-20 Uhr | Obernkirchen, am Marktplatz | Demo |
| Mi, 29.5.2024 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Mi, 29.5.2024 18-21 Uhr | Zwickau, auf dem Hauptmarkt | Kundgebung |
| Do, 30.5.2024 18-21 Uhr | Baunatal, am Marktplatz | Spaziergang |
| Do, 30.5.2024 18-20 Uhr | Bebra, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Do, 30.5.2024 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 30.5.2024 18-21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Do, 30.5.2024 15-18 Uhr | Frankfurt, Bertramstr. 8 | Mahnwache |
| Do, 30.5.2024 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 30.5.2024 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 30.5.2024 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 30.5.2024 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 30.5.2024 19-21 Uhr | Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe | Dialog |
| Fr, 31.5.2024 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 1.6.2024 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 1.6.2024 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 1.6.2024 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 1.6.2024 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 1.6.2024 14-19 Uhr | Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz | Demo für Frieden, Corona-Aufarbeitung, Julian Assange |
| Sa, 1.6.2024 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 1.6.2024 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 1.6.2024 11-13 Uhr | Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus | Demo |
| Sa, 1.6.2024 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 1.6.2024 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 3.6.2024 17-20 Uhr | Darmstadt, Ludwigsplatz | Mahnwache |
| Mi, 5.6.2024 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |
| Sa, 8.6.2024 15-16:30 Uhr | Bielefeld, Rathausplatz | Spaziergang |
| Sa, 3.8.2024 | Berlin, Siegessäule | GROßDEMO |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN**




ntv VIDEO • LIVE-TV

Der Tag

**Spahn: Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen darf kein "Querdenkergerichtshof" werden**

22.04.2024, 18:21 Uhr

Artikel teilen Folgen auf:



Der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) laut dem Konzernmedium NTV am 22. April. Foto: DW-Bildschirmfoto/n-tv.de

**Mit dem** Kapitalismus-Korporatismus kann etwas nicht stimmen, wenn junge Leute keine Familie mehr gründen, sich kein Häuschen mehr bauen können, schon die Miete für eine Höhle hinter der Biegung des Flusses fast ein Fünftel des monatlichen Arbeitseinkommens auffrisst. Und dies, während Produktivität, Steuereinnahmen und Profite der Konzernmagnaten Jahr für Jahr weiter ins Unermessliche steigen, die Shopping Malls und Pornokanäle mit erbärmlichem Schund überquellen. Solche einfachen Wahrnehmungen, die jeder Mensch im »Westen« unter 50 hat, die jeder fühlen, sehen, nachrechnen kann, führten zum großen Kapitalismustribunal 2016 in Wien – und erklären dessen bahnbrechenden Erfolg.

**Das Corona-Tribunal** »Der Querdenkergerichtshof« wird nach dessen Vorbild zunächst mit Bestandsaufnahme und Anklageerhebung beginnen. Sodenkamp und Lenz laden ab 2. August 2024 nach Berlin ein, um vor den großen Augustdemonstrationen ganz klar die Aufarbeitung der Covid-Terrorlüge und deren Folgen zu beginnen. Der große Ideologiekritiker und Filmemacher Uli Gellermann sagte dazu in DW174: »Ein Corona-Tribunal sollte die Verbrechen des Corona-Regimes definieren, die Verbrecher mit Namen nennen und öffentlich aburteilen.« Nun, der Immobilienhändler und zwischenzeitliche Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) war bereits vorab in Panik: »Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen darf kein Querdenkergerichtshof werden!« (NTV, 22. April 2024) Der Querdenkergerichtshof kommt!



Zur Filmpremiere »Corona – die große Irreführung« von der Gruppe Yow Media mit anschließender Podiumsdiskussion fanden auch Dank des DW-Kulturkalenders (Seite 14) rund 100 Premierengäste den Weg in die Berliner Musikbrauerei. Auf dem Podium v.l.n.r: Rechtsanwalt Wilfried Schmitz, Intensivkrankenschwester und Preisträgerin der Republik Sabrina Kollmorgen und Plandemieaufklärer Wolfgang Wodarg. Foto: Motschi von Richthofen

# Wir sagen's nochmal per Liebesbrief…



Aktivistenlegende: Die Lehrerin Marianne Grimmenstein-Balas sammelt die Antworten, die auch hier im DW veröffentlicht werden. Foto: von privat

## VORSCHLAGSLISTE ADRESSATEN

Es empfiehlt sich, schon auf dem Briefumschlag einen Intendanten oder eine Redakteurin namentlich voranzustellen und ZUR PERSÖNLICHEN VORLAGE hinzuzuschreiben. Zum Beispiel: »Olaf Sundermayer (zur persönlichen Vorlage), RBB, Marlene-Dietrich-Allee 20, 14482 Potsdam.«

Bayerischer Rundfunk (BR)
Rundfunkplatz 1
80300 München

Hessischer Rundfunk (HR)
Bertramstraße 8
60320 Frankfurt am Main

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)
MDR Zuschauerservice
04360 Leipzig

Norddeutscher Rundfunk (NDR)
Rothenbaumchaussee 132
20149 Hamburg

Radio Bremen (RB)
Diepenau 10
28195 Bremen

Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB)
Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam

Saarländischer Rundfunk (SR)
Funkhaus Halberg
66100 Saarbrücken

Südwestrundfunk (SWR)
76522 Baden-Baden

Westdeutscher Rundfunk (WDR)
Appellhofplatz 1
50667 Köln

Deutsche Welle
Kurt-Schumacher-Str. 3
53113 Bonn

ARD Digital
Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam

Der europäische Kulturkanal von ARD, ZDF und ARTE France: arte
4, Quai du Chanoine Winterer
CS20035, F 67080 Strasbourg Cedex

Kinderkanal KiKA
99081 Erfurt

Dokumentationskanal Phoenix
Langer Grabenweg 45-47
53175 Bonn

Zwangsbeitragsstelle ARD/ZDF
Beitragsservice
50656 Köln

ARD Hauptstadtstudio
Wilhelmstraße 67a
10117 Berlin

Z.B. Jörg Reichel persönlich
Deutsche Journalistenunion
Am Bahnhof Westend 3
14059 Berlin

Z.B. Vors. Mika Beuster persönlich
Deutscher Journalisten-Verband e. V.
Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten
Torstraße 49
10119 Berlin

*Adressat:* *Absender:*

25. Mai 2024

**Sehr geehrte Verantwortliche im Sinne des Presserechts,**
**sehr geehrter Herr Intendant, sehr geehrte Senderleitung,**
**sehr geehrte Redaktionsleitung, sehr geehrter Redakteur oder Redakteurin,**

hiermit fordere ich Sie auf, als Verantwortlicher Ihres Bereiches innerhalb des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) Ihren Pflichten aus dem Grundgesetz, Medienstaatsvertrag und weiteren verpflichtenden internationalen Verträgen nachzukommen und dafür zu sorgen, dass eine umfassende, gründliche und öffentliche Aufarbeitung der Vorkommnisse der zurückliegenden Jahre und der dadurch entstandenen Schäden auf der Grundlage der offiziellen Dokumente der Europäischen Union, WHO und der zahlreichen Studien unverzüglich durch den ÖRR zusammen mit der Bevölkerung stattfindet.

Der Rundfunkbeitrag sichert die Unabhängigkeit des gemeinnützigen Rundfunks. Das heißt, öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert und kontrolliert. Sie gehören somit der gesamten Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass der ÖRR verpflichtet ist, alle Tendenzen, die die Bevölkerung irgendwie schädigen, kritisch zu verfolgen, darüber die Bevölkerung sachlich und neutral aufzuklären.

Im April 2024 erschien nun das Manifest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, unter anderem berichtete die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* davon. In diesem Manifest bestätigen die Mitarbeiter der ÖRR selbst, dass Stimmen systematisch ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt werden. Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten.

Am 25. April 2024 hat der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Bundestag in seiner Rede bestätigt, dass die Gesellschaft mit ernsthaften Schädigungen zu tun hat: »Selbstverständlich tut es mir um jeden Menschen leid, der durch eine Impfung einen Schaden genommen hat – ob durch eine leichte Impfnebenwirkung oder eine schwere Impfnebenwirkung – oder im Einzelfall auch daran verstorben ist.« Noch im August 2021 hatte er auf *Twitter* von einer »nebenwirkungsfreien Impfung« gesprochen. Mit seiner neuen Stellungnahme gab der Bundesgesundheitsminister zu, dass die Impfstoffe ernsthafte Schäden verursacht haben. Doch schon im März 2021 lag die erste Liste der zahlreichen möglichen Nebenwirkungen vor, die an die WHO bis zum 27. März 2021 gemeldet worden waren (124 Seiten).

Um die vorhandene humanitäre Katastrophe zu begrenzen: Aktuelle Klagen liegen u. a. am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor und die Staatsanwaltschaften in Deutschland und Österreich sind aufgefordert, die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen unverzüglich einzuleiten und die weitere Verbreitung und Verabreichung des Pfizer-Impfstoffs und weiterer mit sofortiger Wirkung zu stoppen, Beklagt werden zahlreiche Vergehen, u. a. Verstöße gegen den Nürnberger Kodex, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen des Völkermordes.

Da eine Aufarbeitung durch die Politik bis heute fehlt und die verantwortlichen Behörden und Institute keine umfassenden Studien und keine Zusammenfassung der Daten erstellt haben, ist jede öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt aufgefordert, in ihrem eigenen Sendegebiet breit angelegte Recherchen betreffend der Schäden durchzuführen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Wenn eine gründliche öffentliche Aufarbeitung der Vorkommnisse der letzten Jahre durch den ÖRR nicht stattfinden oder der ÖRR das sogar ablehnen sollte, leistet der ÖRR nach Artikel 27 (1) StGB eindeutig Beihilfe zu strafbaren Handlungen. Artikel 27 (1) Strafgesetzbuch – Beihilfe: »Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.« Der Bundesgerichtshof hat sich über ähnliche Fälle in aller Deutlichkeit geäußert. »Bedingter Tötungsvorsatz ist gegeben«, so kann man lesen, »wenn der Täter den Tod als mögliche, nicht ganz fernliegende Folge seines Handelns erkennt …«

**Ich bitte um Ihre Stellungnahme bis zum 5. Juni 2024. Ihre Antwort senden Sie bitte an *United For Freedom*, Marianne Grimmenstein-Balas, HR Inspector, Postfach 17 01 03, 46030 Oberhausen, danke!**

Mit freundlichem Gruß



RBB-Propagandist vom Dienst: Olaf Sundermayer. Foto: © Superbass, CC-BY-SA-4.0



WDR-Chef Tom Buhrow will den ÖRR von oben reformieren. Foto: Commons



NDR-Mufti Joachim Knuth. Foto: Commons



Den Typ kennen wir: Smart, geschmeidig und anschmiegsam an den Zeitgeist der Macht. SWR-Intendant: Kai Gniffke. Foto: Commons



Der Kopf der ZDF-Zentrale: Norbert Himmler. Foto: Commons



**DW UND DIE GROẞE DEMOKRATIE-AKTIVISTIN MARIANNE GRIMMENSTEIN HABEN EINE NEUE AKTION AUFGESETZT. LETZTE CHANCE: WIR SCHREIBEN KONZERNMEDIENMACHER AN. SO GEHTS:**

1. Den Brief aus dieser Seite ausschneiden.
2. Einen Adressaten (w/m) aus der Liste links auswählen oder selber heraussuchen.
3. Brief unterschreiben, falten, in einen Briefumschlag geben, adressieren, frankieren oder »Gebühr bezahlt Empfänger« daraufschreiben. In den gelben Postkasten werfen oder direkt vorbeibringen.

Die Antworten gehen an Marianne Grimmenstein, DW berichtet über das Ergebnis.



## DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

### WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

### WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

# »Ich hatte Angst, dass er stirbt«

***Interview mit Preis-der-Republik-Trägerin Colette Bornkamm-Rink über einen brutalen Polizeieinsatz bei einer Demo am 1. Mai 2024 in Sondershausen*** | Von Klaus Müller

**DW: Colette, am 1. Mai hielten Sie auf der Demo im thüringischen Sondershausen auf dem Marktplatz eine Rede, als es plötzlich wenige Meter hinter Ihnen zu einer Attacke der Polizei auf einen Demo-Teilnehmer kam. Was ist vorgefallen?**
Colette Bornkamm-Rink: Während meiner Rede nahm ich auf einmal mehrere lautstarke Missfallensäußerungen wahr und verstand zunächst gar nicht, worum es geht, ehe ich realisierte, dass sich diese auf einen Vorfall hinter der Bühne bezogen. Ich drehte mich um und sah, dass mehrere Polizisten einen Mann, den ich auf Mitte 60 schätzen würde, unter sich begraben hatten.




Colette Bornkamm-Rink am Rednerpult während ihres Vortrags bei der Demo in Sondershausen. Kurze Zeit später brach sie ihre Rede ab, weil es rechts hinter ihr zu einer üblen Attacke eines Regime-Trupps auf einen Demo-Teilnehmer kam. Foto: Michel Michael Wittwer

**DW: Wie ging es weiter?**
C.B.-R.: Ich brach meine Rede sofort ab und begab mich zum Ort des Geschehens. Dort angekommen wollte mich ein Polizist zurückschubsen, was aufgrund des dichten Gedränges hinter mir jedoch nicht möglich war. Ich schrie ihn an: »Was macht ihr? Habt ihr die letzten vier Jahre nie zugehört, worüber wir reden?« Ich war offenbar so laut, dass er einen Meter zurückwich. Dann konnte ich sehen, wie hinter einer Polizeikette mehrere Beamte den am Boden liegenden Mann massiv bearbeiteten. Einer hing zunächst mit vollem Gewicht auf ihm drauf.

**DW: Was passierte dann?**
C.B.-R.: Kurze Zeit später waren es vier Mann, die mit Gewalt auf ihn einwirkten. Besonders schlimm: Einer der Beamten hatte seine Hand zur Faust geballt und rieb druckvoll mit seinem Mittelfingerknochen immer wieder über den Hinterkopf des Mannes, während er mit der anderen Faust die Halsschlagader abdrückte. Das zu sehen, war schockierend. Ich hatte Angst, dass der Mann stirbt. Sein Kopf war hochrot angelaufen, er war bereits regungslos, offenbar ohnmächtig, und keineswegs mehr in der Lage sich zu wehren. Wir hatten eine Intensivkrankenschwester vor Ort. Sie erzählte mir hinterher, dass sie auf eine Polizistin eingeredet hätte und diese davor warnte, dass der Mann sterben könne, wenn ihre Kollegen nicht endlich von ihm abließen. Die Brutalität war erschreckend. Aber wir wissen ja aus der Corona-Zeit, dass Menschen durch Polizeimaßnahmen zu Tode gekommen sind. Und in Sondershausen gab es schon vor Beginn der Demo einige seltsame Auffälligkeiten.

**DW: Was genau meinen Sie?**
C.B.-R.: Wir hatten eine Woche zuvor in Magdeburg eine wesentlich größere Demo. In Sondershausen gab es deutlich weniger Teilnehmer, dafür drei Mal so viele Polizisten. Das stand in keinem Verhältnis. Als ich vor Ort eintraf und die vielen Einsatzfahrzeuge sah, beschlich mich sofort ein ungutes Gefühl. Ich hatte die Befürchtung, dass sie es hier und heute eskalieren lassen wollen.

**DW: Der Mann überlebte …**
C.B.-R.: Ja, zum Glück. Nach meinen Infos kam er nach der Attacke zur Notfallversorgung in ein Krankenhaus, das er dann später wieder verlassen konnte. Ich kann leider nicht sagen, warum er von der Polizei attackiert wurde. Ich weiß nur, dass er später Anzeige erstatte.



Obwohl der Mann regungslos am Boden lag, wurde er von vier Polizisten massiv bearbeitet, einer von ihnen (r.) drückt ihm mit einer Faust die Halsschlagader ab, während er die andere Faust mit Druck immer wieder über den Hinterkopf des Opfers reibt. Foto: Michel Michael Wittwer

**DW: Sie stecken derzeit als Fraktionslose im Wahlkampf für die Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt am 9. Juni. Wie läuft's?**
C.B.-R.: Wir sind ein kleines Team, das aus den Montagsdemos entstanden ist, mit Michael Blankenburg und mir an der Spitze und nennen uns Bürgerliche Allianz für Aschersleben, kurz: BAFA. Wir hatten vor einer Woche auf dem Marktplatz in Aschersleben unseren ersten Wahlstand. Die Altparteien standen ein paar Meter von uns entfernt. Menschen, die sich dort Kugelschreiber abholten, erzählten uns, dass etwa die CDU massiv vor uns gewarnt hätte. Man sollte einen Bogen um uns machen, weil wir ja die bösen Rechten seien, die montags immer auf der Straße sind. Wir wollen in den Stadtrat einziehen, um dort gegen die ideologische grüne Schwachsinnspolitik anzukämpfen. Von sämtlichen Altparteien kommen nur leere Versprechungen, sie sind von der Realität der meisten Bürger meilenweit entfernt. Die derzeitige politische Lage empfinde ich als gefährlicher denn je, weil es offensichtlich ist, dass die Demokratie in unserem Land abgeschafft werden soll. Umso wichtiger ist es, dass die Bürger ihren Wahlzettel zum Strafzettel machen für die Altparteien, die uns seit Jahren drangsalieren und unser Land ruinieren.

**DW: Colette, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

# Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

NEIN ZUR MUNITIONSFABRIK!

Es werden 500.000 Unterschriften gesammelt für eine an den Bundestag gerichtete Petition gegen die neue Munitionsfabrik in Unterlüß (Niedersachsen). Der Wortlaut der Petition (und noch viel mehr) steht auf der Website www.rosenblaetter-im-irrgarten.de. Frau Kleischmantat hat eine Kutsche zur Verfügung gestellt, die zum Ziel gezogen werden muss. Das geht nur gemeinsam! Bitte macht diese Petition bekannt!

Worum es geht: Als Bundeskanzler Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, sagte er: »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts.« Das dieser Politik zugrundeliegende Konzept »Wandel durch Annäherung« hatte Egon Bahr bereits 1963 formuliert. Das Ziel dieser damals angestrebten Entspannungspolitik ist, einer Eskalation von politischen und militärischen Streitigkeiten und Krisensituationen entgegenzuwirken und Konflikte zwischen Staaten auf diplomatischer Ebene beizulegen. Wer die »Petition aller Friedensliebenden« mitzeichnet, fordert die Bundesregierung auf, dieses Konzept in die Tat umzusetzen und als ersten Schritt den staatlichen Auftrag und die Beteiligung am Neubau der Munitionsfabrik in Unterlüß zurückzuziehen. Die beiden Initiatorinnen erhoffen sich von ihrer Aktion ein Innehalten und Nachdenken bei vielen. Und sie wollen damit möglichst ein Selbst-tätig-Werden anstoßen, damit die Liste bald gefüllt ist: Unterschriftenlisten können auf der Internetseite heruntergeladen werden.
– Constanze D., Leipzig

## AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Fortsetzung vom Titel

# OPLAN DEU Operationsplan Deutschland

***Die Journalistin Dr. Christine Born arbeitet für die DW-Titelstory die systematische Kriegstreiberei Berliner Regierungs- und Rüstungskreise heraus.*** | Fortsetzung vom Titel



Bundesbürger ziehen mit Friedensfahnen und zugleich der weiß-blau-roten Trikolore Russlands durch deutsche Straßen – ein Phänomen, das zunimmt, wie hier in Frankfurt an der Oder am 13. Mai 2024. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert seit 28. März 2020 unter anderem für verbindliche demokratische Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten wie etwa über die Nato-Mitgliedschaft, Kriegsteilnahmen aller Art und die eigene Währung sowie eine Wirtschafts- und Sozialcharta. Foto: Jallo

**Seit März 2023 entwickelt das Territoriale Führungskommando den »Operationsplan Deutschland« (OPLAN DEU). Der OPLAN DEU beinhaltet neben militärischen Maßnahmen umfassende Schritte zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft. 300 Vertreter aus Militär, Politik, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft besprachen den OPLAN DEU im Januar 2024 beim Symposium »Deutschland gemeinsam verteidigen« in Berlin. Der Deutsche Feuerwehrverband schreibt in seinem Tagungsbericht: »Ministerialdirigentin Dr. Jessica Däbritz (Bundesministerium des Innern), stellte einen erheblichen Nachholbedarf fest: ›Deutschland muss unverkrampfter etwa über Krieg sprechen.‹« Die zivil-militärische Zusammenarbeit spiele eine Schlüsselrolle, etwa auch bei der »Mehrfachverwendung« von Helferinnen und Helfern, meinte Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.**

### INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT SEIEN »KAUM MEHR TRENNBAR«

»Am Ende soll der OPLAN DEU das Ergebnis einer übergreifenden Planung der Bundeswehr in den Dimensionen Land, See, Luft, Weltraum sowie Cyber- und Informationsraum unter Beteiligung ziviler Partnerorganisationen und Behörden sowie Länder und Kommunen sein.« »Innere und äußere Sicherheit sind kaum mehr trennbar. Wir werden unsere Aufgaben nur mit der Unterstützung der Länder, den Behörden und der Wirtschaft erfüllen können«, sagt Kapitän zur See Frank Fähnrich, Abteilungsleiter J5 (Planung von Operationen und Weiterentwicklung) im TerrFüKdoBw. Katastrophenschutz, Zivilschutz und Verteidigung sollen kooperieren. Dazu passt: Gesundheitsminister Karl Lauterbach will auch das Gesundheitswesen »kriegstüchtig« machen.

### DEUTSCHLAND ALS DREHSCHEIBE IM HERZEN EUROPAS

Die Bundesrepublik fungiert beim »Operationsplan Deutschland« als logistische Drehscheibe für den NATO-Aufmarsch in Richtung Osten. Mit dem OPLAN DEU soll unter anderem der Durchmarsch von NATO-Großverbänden durch Deutschland organisiert werden. Das Großmanöver Quadriga 2024, Teil des größten NATO-Manövers (Steadfast Defender 2024; zu Deutsch etwa »Standhafter Verteidiger«; red.) seit Ende des Kalten Krieges mit etwa 90 000 Soldatinnen und Soldaten, zielt bereits auf diese militärische Aufgabe Deutschlands als Transitland und »Host Nation Support« ab (US-Militärjargon für ein Etappenland; red.). Quadriga erstreckt sich über einen Zeitraum von rund vier Monaten bis Ende Mai 2024. Der Status der BRD als »Host Nation Support« beinhaltet die Sicherung der Verlegungsrouten sowie die Betankung, Versorgung und Unterbringung verbündeter Streitkräfte. Das Szenario der Militärübung ist ein russischer Angriff auf alliiertes Territorium, der zum Ausrufen des sogenannten Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Kontraktes führt. Laut Nachrichtenportal German Foreign Policy kommt selbst das Verteidigungsministerium zu der Einschätzung, aus seiner Drehscheibenfunktion für den NATO-Aufmarsch in Richtung Osten erwachse Deutschland »in besonderem Maße eine Bedrohung« – »auch militärisch«.

### GESAMTGESELLSCHAFTLICHES GEFAHRENBEWUSSTSEIN ERHÖHEN

Beim Symposium in Berlin ging es darum, der »Öffentlichkeit die aktuellen Bedrohungen« zu verdeutlichen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass »es einen Plan gebe, um diesen Bedrohungen zu begegnen«, so Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber des TerrFüKdoBw. Die Teilnehmer waren für den Stellvertreter des Bundesvorsitzenden des Deutschen BundeswehrVerbandes, Oberstleutnant im Geleralstab Marcel Bohnert, »Multiplikatoren“, die dazu beitragen, »dass sich das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein für die gewandelte sicherheitspolitische Realität weiter erhöht.« Man beachte die Aufrüstungs- und Kriegs-PR. Das Wort »Zeitwende« oder »Zeitenwende« kommt seit den 1920er Jahren gehäuft vor, wie sich unschwer auf *Google Books Ngram Viewer* erkennen lässt.

### ZEITALTER DER UNKONTROLLIERTEN AUFRÜSTUNG

Bedrohungsszenarien erhöhen die Toleranz der Steuerzahler für steigende Rüstungs- und sinkende Sozialausgaben. Sie »normalisieren« die Vorstellung von Krieg in anderen Ländern, aber auch von Krieg im eigenen Land. Niklas Schörnig, Politikwissenschaftler am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt, sieht im Gespräch mit der Deutschen Welle eine militärische Abrüstung in weiter Ferne. Er fordert ein neues internationales Ziel: »Dass Staaten zumindest wieder kontrolliert aufrüsten, dass man sich also einigt: Wir rüsten insgesamt nicht über ein bestimmtes Niveau auf. Dann wäre da schon einmal eine gewisse Dynamik herausgenommen. Die Rüstungskontrolle könnte durchaus ein Zwischenziel sein, also Rüstung zu kontrollieren und zu stabilisieren, damit nicht jeder völlig wild aufrüstet, wie er gerade möchte.«

### NACHDENKEN, WIE MAN EINEN KRIEG EINFRIEREN UND SPÄTER AUCH BEENDEN KANN

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hat sich Ärger eingehandelt, als er im Bundestag über eine Beendigung des Ukraine-Konflikts sprach: »Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann?« Markus Deggerich schrieb bereits im Februar 2022 in der Elternkolumne in der Nachrichtenillustrierten Der Spiegel, was er seinen Kindern zum Thema Krieg sagt, und was wohl die meisten Menschen in Deutschland bewegt: »... dass die Mütter und Väter in Russland ihre Kinder genauso lieben wie wir hier oder die Menschen in der Ukraine oder wohl einfach überall. Dass die Kräfte, die Konflikte oder Krieg steuern, immer versuchen, den anderen zu dämonisieren und zu entmenschlichen, und dass wir da immer hellhörig sein müssen.«



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

## IDEOLOGISCH ANGETRIEBEN

**Eines muss man dem deutschen Mittelstand wirklich lassen, er ist an Anpassungsfähigkeit kaum zu übertreffen.**

Wir zahlen brav unsinnig räuberische Steuerbeträge, folgen der deutschen Bürokratie, setzen brav die Maske auf, fahren, grün getrieben, Elektroautos, und die sanktionieren zum Dank ihre eigens vor Jahren in Russland getätigten Investitionen. Das tun natürlich nicht alle, denn sonst würde ja vieles in unserer Welt gar nicht mehr funktionieren. Russisches Gas und Getreide zum Beispiel strömen auf etwas modifizierten, verteuerten Wegen ungehindert an ihre Ziele, mit veränderten Finanzströmen, eben »sanktioniert«. WIR werden effektiv sanktioniert. Während sich die deutschen Unternehmen und Unternehmer zuhauf an die sinnlosen Sanktionen halten, werden diese von ausländischen Firmen in schönster Regelmäßigkeit hintergangen. Gerade in den USA lachen sie sich einen und reiben sich die Hände. Ziel erreicht. BlackRock und Co. lassen wieder einmal grüßen. Es gibt immer Gewinner und Verlierer. Einer der Verlierer ist der deutsche Mittelstand, weil er deutsch brav den eigenen von Minderheiten gewählten Henkern folgt, die wiederum ideologisch getrieben den Kopf im Hintern der USA stecken haben. Bravo Deutschland. Als Putin 2001 als erster russischer Präsident im deutschen Bundestag gesprochen hat, hagelte es stürmischen Beifall und keine Sanktionen. Seitdem ist vieles geschehen, die NATO regelrecht absichtlich gen Osten explodiert worden. Eines jedoch ist geblieben. Die Angst der USA vor einer zu engen Freundschaft der Deutschen, speziell des wirtschaftlichen deutschen Mittelstandes, mit den Russen. Deshalb schicken sie, also die Amerikaner, uns zum dritten Mal in Folge in einen Krieg mit den Russen. Dazu ist ihnen quasi jedes Mittel recht.

Ja, das hat schon was, das deutsche Dichter- und Denkertum gepaart mit den russischen nahezu unendlichen Rohstoffen. Das wirtschaftliche Ende der imperialistischen USA wäre schnell gekommen. Das wäre gut, und wenn es nur dazu dient, der NATO-Kriegstreiberei ein Ende zu bereiten. Frieden! Der von den USA finanzierte Putsch 2014 in der Ukraine und all die vielen amerikanisch initiierten Kriege sind genauso heftig zu verurteilen, wie die Antwort Putins in der Ukraine. Die einen bezahlen es mit ihren Leben, die anderen füllen sich die Taschen. Wer daran verdient, ist zu verurteilen wie jene, die die Kriege beginnen. Einstweilen tun unsere Regierungen alles, um dem deutschen Mittelstand ein Ende zu bereiten. Vorsätzlich geplant oder grün ungebildet dumm, beides führt zum Ziel. Deutschland auf dem letzten Platz, das spricht schon eine klare Sprache. Die Unternehmer schauen weg. Damals und heute. Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

**Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.**

# »Wir müssen ungehorsamer werden«

***In Deutschland sind die Bauernproteste zum Erliegen gekommen, während die niederländischen Landwirte maßgeblichen Anteil am nun bevorstehenden Politikwechsel in unserem Nachbarland haben. DW sprach mit Anthony Lee*** | Interview von Klaus Müller

**DW: Herr Lee, in den Niederlanden haben sich sechs Monate nach dem Wahlsieg von Geert Wilders nun vier Parteien auf eine Koalition geeinigt: Wilders Partei für die Freiheit (PVV), die liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) des bisherigen Premiers Mark Rutte, die Partei »Neuer Gesellschaftsvertrag« (NSC) und die Bauern-Bürger-Bewegung (BBB). Wie sehen Sie die Entwicklung dort?**
Anthony Lee: Sehr positiv, da die BBB Teil dieser Koalition ist und somit endlich die landwirtschaftlichen Themen in den Fokus rücken. Daran sieht man, dass die Bauernproteste dort am langen Ende erfolgreich waren.



Laut Bauernsprecher Anthony Lee müssen die Niederlande ein »Vorbild für Deutschland und ganz Europa« sein. Bei der bevorstehenden Europawahl tritt der 48-Jährige aus Rinteln (Niedersachsen) für die Freien Wähler an. Foto: privat

**DW: Wilders verkündete, dass er die Niederlande wieder zu alter Stärke verhelfen möchte, etwa mit Einführung der »strengsten Asylpolitik aller Zeiten«. Der umstrittene *Green Deal* soll weg, was die Landwirte aufatmen lässt, ebenso die Wärmepumpenpflicht. Zudem setzt die neue Regierung u. a. auf Einkommenssteuersenkung, Kernkraft und Wohnungsbau, dem Priorität gegeben werden soll vor der Errichtung von Windrädern. Von einer solchen Regierung träumen viele Millionen Deutsche ...**
A.L.: Die Niederlande müssen Vorbild für Deutschland und ganz Europa sein: Weg von einer Politik der Ideologie und Utopie und wieder zurück zu einer Politik des gesunden Menschenverstands! Die grüne Politik basiert einzig auf Unwahrheiten. Nehmen wir nur diese CO2-Geschichte: Die ist in meinen Augen grober Unfug. Dahinter steckt eine Agenda, die Großinvestoren reicher machen und die Bürger in die Armut treiben soll. Es ist unfassbar: Mehr als 80 Prozent der derzeitigen Stromproduktionsmenge deutscher *Offshore*-Windparks befindet sich im Besitz ausländischer Investoren. Es geht nicht ums Klima, sondern nur ums Geld.

### »WIR HÄTTEN EIN KALIFAT FORDERN MÜSSEN«

**DW: Laut einer Umfrage des Branchenportals *agrarheute.com* stufen nur 39 Prozent der Befragten die Bauernproteste in Deutschland zu Jahresbeginn als erfolgreich ein, 49 Prozent als nicht erfolgreich. Wie sehen Sie es?**
A.L.: Wie die Mehrheit: Wir haben mit den Protesten politisch absolut nichts erreicht. Im Gegensatz zu den Berufskollegen in unseren Nachbarländern wie beispielsweise den Niederlanden, Frankreich oder Polen, wo die Proteste wesentlich massiver waren, sind wir viel zu nett gewesen. Und die Krönung ist: Alle Bauern, die etwa Autobahnen blockiert haben, müssen sich jetzt wegen gemeinschaftlicher Nötigung verantworten. Dabei haben wir nur ein demokratisches Grundrecht wahrgenommen. Aber dabei ist uns wohl ein entscheidender Fehler unterlaufen: Wir hätten bei den Blockaden ein Kalifat fordern müssen, dann wäre nichts weiter passiert. Das hat man doch Ende April in Hamburg gesehen, als Islamisten ganz offen Demokratie und unser Grundgesetz ablehnten. Wurde dort nur eine einzige Anzeige erstattet? Wohl nicht! Dass so etwas in unserem Land ohne Konsequenzen möglich ist, ist für mich unbegreiflich. In Lützerath wurden Polizisten mit Steinen und Exkrementen beworfen. Hatte das Folgen? Aber mit uns Bauern kann man es ja machen.

**DW: Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?**
A.L.: Wir müssen ungehorsamer werden. Das gilt nur nicht für Demos, sondern auch in Bezug auf schwachsinnige Gesetze: Wir dürfen den Wahnsinn einfach nicht mehr mitmachen! Laut EU-Auflage sollten wir Landwirte in der Anbauplanung für 2024 vier Prozent unserer Flächen stilllegen. Ich habe mich geweigert, stattdessen im Herbst Winterweizen ausgesät, der jetzt hervorragend gedeiht. Alle, die im vorauseilenden Gehorsam brav mitmachten, haben dagegen extreme Verluste erlitten. Denn als die EU-Kommission Ende Januar eine Ausnahmeregelung erließ und die Pflicht zur Stilllegung für 2024 aussetzte, war es für die Kollegen zu spät, weil die Witterung für eine Aussaat zu nass war.

**DW: Die Stilllegungspflicht haben Sie schon oft heftig kritisiert ...**
A.L.: Weil sie überhaupt keinen Sinn ergibt. Man muss sich das mal vorstellen: Ich kann doch nicht aufgrund einer verrückten Ideologie in einer Zeit, in der weltweit alle 13 Sekunden ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger stirbt und noch dazu inmitten der Kornkammer Europas, der Ukraine, ein Krieg wütet, Nahrungsmittel verknappen. Wie soll ich das mit meinem Gewissen und meinem Ethos vereinbaren? Und wir reden hier in Deutschland von Hochertragsstandorten: Allein mein Betrieb hätte acht Hektar stilllegen müssen, was 80 Tonnen Getreide entspricht. Laut UN könne man mit 145 Kilo Getreide einen Menschen ein Jahr lang ernähren. Es ist einfach irre. Aber um nochmals auf die Proteste hierzulande zurückzukommen: Etwas Positives haben sie doch bewirkt.

**DW: Nämlich?**
A.L.: Auch wenn wir zu brav waren, so haben wir doch im Ausland an Ansehen gewonnen. Die Bilder und Videos unserer Proteste gingen in den sozialen Medien weltweit viral. Bis in Neuseeland wurde darüber berichtet. Und in den EU-Ländern waren viele Kollegen überrascht, dass nun sogar die Deutschen auf die Straße gehen, und fühlten sich dadurch motiviert, ebenfalls zu demonstrieren.

**DW: Sie treten bei der Europawahl für die Freien Wähler an, stehen auf Listenplatz acht. Wie läuft der Wahlkampf?**
A.L.: Ich bin in ganz Niedersachsen unterwegs. Die Stimmung bei den Bürgern vor Ort ist noch dramatischer, als ich es ohnehin schon befürchtet hatte. Alle haben die Schnauze voll von dem grünen Schwachsinn, der hier läuft, und von SPD, FDP und CDU, die allesamt den Steigbügelhalter geben, unterstützt wird. Politisch aktiv zu sein, ist für mich in diesen Zeiten eine Pflicht. Wir dürfen das Feld nicht ungebildeten und unqualifizierten Leuten wie Ricarda Lang, Omid Nouripour oder Kevin Kühnert überlassen. Wichtig ist, dass möglichst viele ihre Stimme abgeben, denn jeder Nichtwähler macht diese Leute und ihre Parteien stärker.

**DW: Wie geht es weiter?**
A.L.: Am 4. Juni werden erneut viele Landwirte in Brüssel demonstrieren. Sollte sich im Laufe der kommenden Monate am politischen Wahnsinn nichts ändern, steht uns ein »heißer Herbst« bevor, der diese Bezeichnung dann auch in Deutschland wirklich verdient haben wird.

**DW: Herr Lee, vielen Dank für das Gespräch.**

## MELDUNG

### BASF: KEINE LUST MEHR AUF DEUTSCHLAND

Ludwigshafen/DW. BASF, der größte Chemiekonzern Europas, investiert zehn Milliarden Euro in eine neue chinesische Großanlage und schließt gleichzeitig Teile der Produktion in Ludwigshafen. Der Grund: Dem Unternehmen sei es nicht mehr möglich, in Deutschland Gewinn zu erwirtschaften. BASF in Deutschland trage zum Konzerngewinn 0,00 Euro bei und laut Aufsichtsrat und Vorstand bestünde keine Chance, diesen Trend auf absehbare Zeit mit betriebswirtschaftlichen Mitteln nochmals umzudrehen. So schreibt es Journalist Gabor Steingart in einem viel beachteten Gastbeitrag im *Focus*. (kmü)

### KLAUS SCHWAB ZIEHT SICH ZURÜCK

Davos/DW. Klaus Schwab legt den Vorsitz des Weltwirtschaftsforums (WEF) nieder. Dies kündigte der 86-Jährige in einer *Mail* an die Belegschaft an, was ein Sprecher des WEF inzwischen bestätigte. Bis Januar 2025 werde Schwab den geschäftsführenden Vorsitz abgeben. Ein Nachfolger steht derzeit noch nicht fest. (kmü)

# DER HUBSCHRAUBERABSTURZ

***Iranische Staatsführer sterben bei Flug über Waldgebiet.*** | BERICHT von Anselm Lenz

**In den Stunden der Unklarheit zwischen Absturz und Auffinden des Wracks fanden im Iran landesweit öffentliche Gebete statt. Berichtet wurden aber auch vereinzelte Jubelaktionen Oppositioneller.**

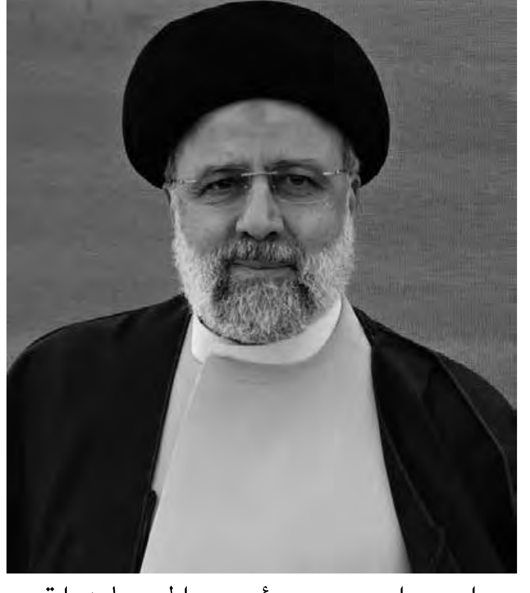
19. Mai 2024: Der iranische Staatspräsident Ebrahim Raisi, Außenminister Hossein Amir-Abdollahian, der Generalgouverneur der Provinz Ost-Aserbaidschan Malek Rahmati und Mohammad Ali Ale-Hashem, der Vertreter des Obersten Führers in Ost-Aserbaidschan und vier weitere Insassen sterben nach iranischen Angaben bei einem Hubschrauberflug von der aserbaidschanischen Grenze.

### EMBARGO, BESCHUSS ODER SABOTAGE?

Raisi hatte am Vormittag mit seinem aserbaidschanischen Amtskollegen Ilham Aliyev das Giz-Galasi-Wasserreservoir eingeweiht. Beim Abflug in Richtung der iranischen Metropole Täbris stürzte der Regierungshubschrauber vom amerikanischen Typ Bell 212 im Dizmar-Naturschutzgebiet nördlich des Varzaqan-Gebirges ab. Mehrere Passagiere hatten Notrufe abgesetzt, bevor der Hubschrauber aufschlug und teilweise verbrannte. Nach der Bruchlandung sind laut iranischen Nachrichtenagenturen alle Insassen verkohlt aufgefunden worden, seien aber noch durch Inaugenscheinnahme zu identifizieren gewesen. Einen Tag zuvor hatte der iranische Wetterdienst eine orange-rote Wetterwarnung für die Region ausgegeben. Nach dem Tod des Präsidenten müssen nach der iranischen Verfassung nun innerhalb von 50 Tagen Neuwahlen abgehalten werden.

Der frühere iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif machte die USA für den Absturz verantwortlich – Schuld sei das Embargo für Flugzeuge und Ersatzteile gegen den Iran. Die Exil-Oppositionelle Maryam Rajavi beschrieb den Tod Raisis als »monumentalen und irreparablen strategischen Schlag« gegen den Iran. Viele Kritiker äußerten die Ansicht, das Hubschrauberunglück sei etwa durch Beschuss aus dem kaum besiedelten Waldgebiet im Grenzland oder durch Sabotage herbeigeführt worden.

Der Iran wird seit Jahrzehnten insbesondere von israelischen und US-amerikanischen Regierungen als Hauptfeind oder als Teil einer »Achse des Bösen« gebrandmarkt. Zuletzt hatte es mehrere aktive Schläge und Gegenschläge Tel Avivs und Teherans gegeben, bei der der Iran eher nicht eskalierend agiert hatte (DW berichtete). Ein nicht namentlich genannter israelischer Regierungsvertreter erklärte gegenüber Medien, dass Israel nicht an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Eine offizielle Stellungnahme der israelischen Regierung gab es bis DW-Redaktionsschluss nicht.



ابراهیم رئیس‌الساداتی

Persisch für Ebrāhīm-e Ra'īsol-Sādātī (DMG-Umschrift) war international als Ebrahim Raisi bekannt. Der iranische Jurist und Politiker war von August 2021 bis zu seinem Tod bei einem Hubschrauberabsturz bei Varzaqan am 19. Mai 2024 Präsident der Islamischen Republik Iran. Foto: Pressestelle der aserbaidschanischen Regierung (19. Mai 2024)



Ebrahim Raisi mit Ilham Aliyev (rechts) an der Grenze zwischen Aserbaidschan und dem Iran am Tag des Absturzes. Foto: CC/president.az



Heckteil und Suchtrupp an der Absturzstelle. Foto: CC/Mehr News Agency



## »AN ALLE, DIE DIESEN EINDRINGLICHEN WECKRUF VON SCOTT RITTER NOCH NICHT KENNEN!«

Die international bekannten Friedensaktivisten Helene und Dr. Ansgar Klein weisen auf eine Stellungnahme des ehemaligen Offiziers der US-Marineinfanterie und UN-Waffeninspekteurs Scott Ritter vom 20. Februar 2024 an die Deutschen hin. Ausschnitte daraus:

»Wenn Ihr nichts tut, werdet Ihr zerstört. Ihr seid einem Traum verfallen, den es nicht mehr gibt. Die NATO ist eine Selbstmordpille. Olaf Scholz hat ein Sicherheitsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet, das Euren Tod garantiert, wenn Ihr es erfüllt und in den Krieg zieht. Es ist vorbei. Ihr werdet Russland nie besiegen. Wollt Ihr wirklich in den Krieg ziehen?

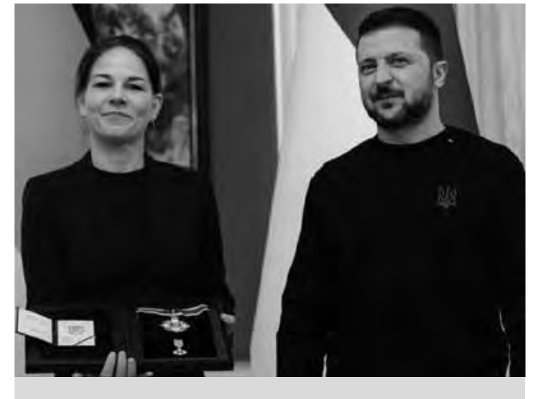
Was könnt Ihr tun? Ihr könnt sterben und Ihr werdet sterben. Akzeptiert das! Was müsst Ihr jetzt tun, um das zu verhindern? Denn Ihr wisst jetzt, dass Ihr sterben werdet, wenn Ihr das nicht aufhaltet. Es wird unvermeidlich sein. Euer Tod ist ein vorherbestimmtes Ergebnis. Jetzt könnt Ihr Euer vernebeltes Hirn frei machen und begreifen, dass die deutsche Regierung das Problem ist, die NATO und die US- amerikanische Politik.

Was könnt Ihr also dagegen tun? Ich billige keine Gewalt. Es gibt eine gewaltlose Revolution. Ihr sagt: ›Wie sollen wir leben, oh je!‹

Also: Russland ist [insbesondere bezogen auf die Rohstoffe] Eure Rettung. Bleibt mit China zusammen, arbeitet mit den Chinesen zusammen! – ›Aber das können wir nicht tun, weil wir mit Amerika verbunden sind‹ –?. Die USA haben eure Nord-Stream-Pipeline gesprengt. Die USA scheren sich nicht um Euch. Amerika schickt Euch in den Krieg gegen Russland.

Hört auf, Angst zu haben! Trennt Euch von dem, das Euch umbringt!

Es ist so einfach. Russische Energie, Chinesische Wirtschaft, der Schwenk nach Osten. Deutschland muss BRICS- Mitglied werden und aus dem sinkenden Schiff EU aussteigen. Die EU ist am Ende. Wie also kann es Euch schaden, wenn Ihr sagt: ›Wir wollen nicht mehr in der NATO / EU sein!‹ Es gibt etwas, das man Neutralität nennt. Eure wirtschaftliche Zukunft liegt im Osten.« Foto: CC/RadicalHarmony, Scott Ritter bei einem Vortrag im Jahr 2006



## ENDLOSER STELLVERTRETERKRIEG: BÄRBOCK WIEDER IN KIEW

DW/Kiew. Die deutsche Außenministerin Annalena Bärbock ist am Dienstag zu einem ihrer Besuche im ukrainischen Regierungssitz in Kiew eingetroffen. Der de facto von Washington eingesetzte Kriegspräsident Wladimir Selenski verlieh der Bündnisgrünen im Zuge der Konsultation einen Orden »für die Unterstützung«. Auf dem Territorium der Ukraine findet seit dem russischen Kolonnenzug auf Kiew vom 24. Februar 2022 ein großer Stellvertreterkrieg zwischen Washington, London und Nato-Brüssel einerseits und der Russischen Föderation andererseits statt. Die Frontlinie im Ostteil der Ukraine ist seit anderthalb Jahren auf einer Länge von rund 1.200 Kilometern zu einem Stellungskrieg mit Artillerie und Schützengräben nahezu eingefroren. Zuletzt erzielte die Russische Armee wieder einige Geländegewinne und rückte auf die Stadt Charkow vor.

Zur Ordensverleihung an die umstrittene deutsche Außenministerin kommentierte Gert Ewen Ungar für die russische Auslandswelle RT Deutsch: »Das ist zynisch, denn Bärbocks Unterstützung beschränkt sich darauf, den Krieg zu verlängern.« Die BRD-Chefdiplomatin scheint als Gesprächspartnerin nicht mehr in Frage zu kommen: »Bärbock denkt ausschließlich in den Kategorien von Sieg und Niederlage. Die sich daraus zwingend ergebende Ablehnung von Diplomatie, der Eskalationswille und ihre Zerstörungswut machen Bärbock zur Last für den europäischen Kontinent als Ganzes. Dass es erneut eine Deutsche ist, die zum Totalen Krieg nicht nur bereit ist, sondern ihn aktiv einfordert, wird für Deutschland und die Deutschen absehbar zu einer schweren Bürde.« (umi/jro) Foto: Legion-Media

## ERDOĞAN, FICO, RAISI... – WER IST DER NÄCHSTE?

Seit zwei Wochen überschlagen sich die weltweiten Ereignisse, die mehrere Staatsoberhäupter direkt betreffen. Die Fälle stehen zwar in keinem Zusammenhang, zeigen jedoch, dass ein Zufall eher unwahrscheinlich ist. Auf1-Chef Stefan Magnet fasste sie am 20. Mai auf seinem Telegramkanal wie folgt zusammen:

7. Mai: Attentat auf den saudischen Kronprinzen.

13. Mai: Der türkische Präsident Erdoğan beruft nach Warnungen vor einem möglichen Militärputsch eine Krisensitzung ein.

15. Mai: Attentat auf den slowakischen Premierminister Robert Fico (DW berichtete). Fico ist inzwischen außer Lebensgefahr und auf dem Weg der Besserung.

16. Mai: Bürger wegen Drohung, den serbischen Präsidenten Vučić zu ermorden, festgenommen.

19. Mai: Saudi-Arabiens König Salman wird zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen ins Krankenhaus eingeliefert.

19. Mai: Hubschrauberabsturz des iranischen Präsidenten Raisi und Außenminister Amir-Abdollahian.



Setzte die Corona-Lüge mit wahnhafter Vehemenz durch: CSU-Ministerpräsident mit Regenbogenmaske auf EM-Tribüne im September 2023. Foto: DW/Bildschirmfoto

# Freistaat Ba

***Robert Höschele wurde von der de facto gleichgeschalteten Justiz in drei I – weil er unter anderem am 14. Februar 2021 in München eine Rede hielt. N Bundesverfassungsgericht.*** | DW druckt seine Rede im Wortlaut.




Die neofaschistische Corona-Lüge und der Widerstand – ein wichtiges Beispiel aus München: Robert Höschele (auf dem Bild) wird mit einem kafkaesken Verfahren verfolgt, weil er sich für die Bayerische Landesverfassung und die Absetzung von Markus Söder eingesetzt hat. Vorgeworfen wird ihm, dass er am 14. Februar 2021 auf dem Marienplatz folgende Sätze sagte: »Doch 75 Jahre später steckt der Freistaat und seine Menschen in einem elf Monate dauernden Gefängnis, das einem Arbeitslager gleicht, das die Regierung ›Lockdown‹ nennt.« Und: »76 Jahre nach der Befreiung von Vernichtungs- und Konzentrationslagern wie Auschwitz und Dachau werden Gesetze beschlossen, die das Internieren und Separieren von Menschen vorschreiben.« Der Begriff »Separieren« sei von den Gerichten laut Höschele besonders beanstandet worden, wobei er diesen Begriff erst spontan ergänzt habe, dieser nicht Bestandteil seines Redemanuskriptes sei. Höschele zieht nun vors Bundesverfassungsgericht, dem der höchst umstrittene ehemalige Lobbyist und Konzernjurist Stephan Harbarth vorsteht. Foto: privat

**»Es erfüllt mich mit Stolz, hier mit euch zu sein. Wir alle sind hier, weil wir unsere Freiheit in unserem Freistaat zurückfordern.**

Vor 75 Jahren, ein Jahr nach dem gewaltsamen Ende der unmenschlichen Nazidiktatur, trat die Verfassung des FREISTAATES Bayern in Kraft. Vor 75 Jahren, wurde das Leben in Bayern zum zweiten Mal auf ein freiheitlich-demokratisches Fundament gestellt. Vor 75 Jahren, inmitten von turmhohen Trümmerbergen, inmitten von ausgebrannten Kirchen, Theatern und Museen, inmitten von Massengräbern und Millionen von Verwundeten, Vertriebenen, Verschleppten, inmitten von Ausgebombten, Heimatlosen und in der Seele zerstörten, wurde folgende Präambel dem Verfassungstext vorangestellt:

›Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung OHNE Gott, OHNE Gewissen und OHNE Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem FESTEN Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.‹

Doch 75 Jahre später stecken der Freistat und seine Menschen in einem 11 Monate dauernden Gefängnis, das einem Arbeitslager gleicht, das die Regierung *Lockdown* nennt. 75 Jahre nach dem Ende der Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, werden die ›UNVERLETZLICHEN UND UNVERÄUSSERLICHEN Menschenrechte‹ verletzt und die ›in ihrem Wesensgehalt unantastbaren GRUNDRECHTE‹ angetastet, werden Hygiene und Repression über die Freiheit des Menschen gestellt.

76 Jahre nach der Befreiung von Vernichtungs- und Konzentrationslagern wie Auschwitz und Dachau, werden Gesetzte beschlossen, die das INTERNIEREN von Menschen vorschreiben.

77 Jahre nach der Hinrichtung der PATRIOTEN des Gewissens um Graf von Stauffenberg (einem gebürtigen Bayern!) und 78 Jahre nach den Enthauptungen der HELDEN der WEISSEN ROSE hier in München-Stadelheim, werden wieder Menschen ›öffentlich‹ in den Medien HINGERICHTET, weil sie es wagen, der offiziellen ›WAHRHEIT‹ zu widersprechen; Beamte versetzt und suspendiert, weil sie es wagen, Ihren feierlich gelobten Eid auf die Verfassung zu erfüllen und ihrem Gewissen zu folgen.

86 Jahre nach der Verkündung der Nürnberger RASSENGESETZE, wird in diesem Land aufs Neue über die Einteilung der Menschen nach wertvollen und weniger wertvollen, nach Menschen mit mehr und Menschen mit weniger FREIHEITEN geredet. NEIN ! Es wird von der Bundeskanzlerin zur besten Sendezeit auch noch so verkündet.

88 Jahre nach den himmelhoch lodernden Scheiterhaufen aus Büchern weltberühmter Geistesgrößen, auch hier in München am Königsplatz, als Beginn der kulturellen Barbarei der NS-Diktatur, werden heute *Accounts* von sogenannten ›Corona-Leugnern‹ gesperrt und gelöscht, werden hochrangige Wissenschaftler von Weltruf in deutschen Medien, auch und gerade in den Öffentlichen-Rechtlichen, als ›Schwurbler‹, ›Verschwörungstheoretiker‹ und ›wissenschaftlich Verirrte‹ verunglimpft, öffentlich an den Pranger gestellt um dann mit hasserfüllter Inbrunst durch ›leichtgläubige‹ VERBRANNT zu werden.

Und deshalb stehen wir hier zusammen, um vor der Welt und der Geschichte laut und DEUTLICH zu beklagen, dass hier schon wieder eine totalitäre Staats- und Gesellschaftsordnung OHNE Gott, OHNE Gewissen und OHNE Achtung vor der Würde des Menschen im Entstehen begriffen ist! Und deshalb stehen wir hier fest zusammen, um vor der Welt und der Geschichte zu bekunden, dass wir nicht in den, durch Bundes- und Landesregierungen verordneten Schlaf fallen werden, in den die privaten und die öffentlich-rechtlichen Medien versuchen, den Rest der Bevölkerung zu wiegen.

Wir werden nicht wegsehen! Wir werden nicht weghören! Und wir werden uns nicht ducken vor der Staatlichen Gewalt, die keine Grundlage im GRUNDGESETZ hat.

Und wir LEHNEN ES AB, zu akzeptieren, dass unsere GRUNDRECHTE, unsere unveräußerlichen gottgegebenen Menschenrechte, verwirkt oder vorübergehend – aber auf unbestimmte Zeit – außer Kraft gesetzt sind!

Und denen, die daheim geblieben sind, aus welchen Gründen auch immer, rufen wir aus München zu: JETZT IST KEINE ZEIT, für das Manipulieren von Masken, damit man noch atmen kann! Jetzt ist keine Zeit, sich hinter sich widersprechenden Erklärungen der sogenannten Experten zu verstecken! Jetzt ist keine Zeit, sich wie ein Blinder in die Arbeit zu stürzen, weil man glaubt, sich damit retten zu können vor der wirtschaftlichen Katastrophe, welche auf uns zurollt! Jetzt ist keine Zeit, zu verzweifeln, dass ein Einzelner nichts ausrichten kann,

- GEGEN die leeren Gesichter hinter den Masken!
- GEGEN die aggressiven Masken-Fetischisten, die von Medien und Regierungen in diese irrationale Angst, ja schon apokalyptische Todesfurcht, gestoßen wurden,
- GEGEN die unverhältnismäßige Härte der Polizei bei der Durchsetzung der faschistoiden Verordnungen und Regeln des Infektionsschutzgesetztes, an die sehr viele Beamte selbst nicht glauben und diese NUR aus falsch verstandener TREUEPFLICHT gegen jede Vernunft und eigene Intuition durchsetzen.

Ein Gespenst geht um in Bayern und in der ganzen Welt! Ein Gespenst der totalitären Diktatur aus Konzernen und Korporationen! Ein seelenloses Monster, welches sich Wissenschaftler und Politiker gefügig macht! Ein Leviathan der ABSOLUTEN MACHT! Und es ist KEINE ZEIT sich den Illusionen hinzugeben, dass es irgendwann vorbei sein wird!

Denn es wird nur vorbei sein, wenn die Mächtigen dieser Welt, mit ihren zig Billionen von Euros, Dollar oder Yuan, ihren Patenten auf Leben, ihren Stiftungen und Gesellschaften, ihr NEW NORMAL mit der Totalüberwachung,
- ihr NEW NORMAL mit Kontrolle aller Lebensbereiche der Menschen,
- ihr NEW NORMAL mit der Zerstörung der natürlichen und individuellen Gesundheit
- ihr NEW NORMAL mit der vollständigen Kontrolle aller Geldströme und persönlichen Wirtschaftsbeziehungen eines jeden von uns,
- ihr NEW NORMAL einer allmächtigen Weltregierung VOLLBRACHT haben werden.

ODER ... Du bewegst dich raus aus deiner SELBSTVERSCHULDETEN UNMÜNDIGKEIT, aus dem Sessel vor dem Bildschirm, aus dem Echoraum der *Social-Media*-Scheinwelten, aus den verlogenen

# yern

## nstanzen verurteilt Nun zieht er vor das

Beziehungen und Netzwerken, die nur Deinem sogenannten Sozialen Aufstieg dienen, mit mehr Konsum und noch mehr falscher Bewunderung durch Menschen, die Du im Herzen sogar selbst verachtest.

**NEIN, NACH DIESEM TAG HEUTE WERDEN WIR NICHT ZUM FEIGEN UND BILLIGEN ›BUSINESS AS USUAL‹ ZURÜCKKEHREN!**

Mir, und uns allen hier, ist bewusst, dass in unserem demokratischen Freistaat mit allen seinen großartigen Gesetzten, die Parteien und die Lobbies eine unglaubliche, ungesunde und vielleicht auch eine pathologische Macht haben. Parteien, deren innere Strukturen im besten Falle als INTRANSPARENT und im schlimmsten Falle als ›verfilzt‹ zu bezeichnen sind und Lobbies, die sich mit ihrem vielen Geld alle kaufen können.

Und in einer dieser PARTEIEN hat sich ein Mann durchgesetzt, der von einer unersättlichen Gier nach Macht angetrieben wird. Einer Gier, die, und darin sind sich seit Jahrzehnten viele politische Beobachter einig, NIEMALS Ruhe geben wird, bis auch die letzte Stufe zur Absoluten Macht erklommen sein wird.

Doch die Absolute Macht ist ein Spiel mit dem Feuer. Es ist ein Feuer, dass nicht nur den SPIELER am Ende verzehrt, sondern auch sein ›Spielzeug‹. Es ist auch ein Spiel mit den giftigen ›Schlangen‹ der Mittel, die den Zweck angeblich heiligen sollen. DOCH das ist eine Lüge! Eine Lüge so alt wie die Welt.

Wenn sich ein Ministerpräsident sogar der Mittel bedient, die man nur aus Berichten über ›totalitäre‹ Autokratien kennt, wenn er Generationen gegeneinander aufhetzt, wenn er Kinder zu Mördern ihrer Großeltern erklärt, wenn er WISSENTLICH Entscheidungen trifft, die unserem FREISTAAT unvorstellbaren Schaden, sowohl materiellen als auch, und vor allem!, immateriellen, an seinem innersten demokratischen Kern zufügt, dann ist BÖSES am Werk. Dann wird letztlich BAYERN für seinen Ehrgeiz, Kanzler zu werden, bewusst geopfert.

Deshalb fordere ich die 205 Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, den Artikel 44 der Bayerischen Verfassung umgehend zu nutzen, um Dr. Markus Söder aus seinem Amt zu entfernen und aus den übrigen Abgeordneten einen fähigeren Mann oder eine mitfühlendere Frau als Ersatz für den schlechtesten Ministerpräsidenten Bayerns zu wählen. Zum WOHLE Aller im FREISTAAT BAYERN, ob Frau oder Mann, ob Kind oder Greis, ob Bayer, Deutscher oder Migrant. Damit BAVARIA und ihre KINDER nicht noch länger an den furchtbaren Massnahmen von Dr. Markus Söder leiden müssen!

Im Markus-Evangelium Kapitel 9 Vers 42 heisst es eindeutig: ›Wer einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, zum Bösen verführt, für den wäre es besser, wenn er mit einem Mühlstein um den Hals ins Meer geworfen würde.‹ Worte des Herrn. Gelobt sei Gott!

Ihr mutigen Mitstreiter für unser FREIES BAYERN! Das Bayern von Herzlichkeit und Lachen! Das Bayern von lauten und fröhlichen Festen! Das Bayern von Offenheit und gegenseitigem Vertrauen! Das Bayern von LEBEN UND LEBEN LASSEN! Das trotz PEST, CHOLERA, Spanischer GRIPPE und allen anderen furchtbaren echten Epidemien noch alles vortrefflich überlebt hat. Und doch ein menschliches und gottesfürchtiges Bayern geblieben ist. Ihr FREIEN BAYERN, aus eurer Mitte kamen schon immer WILDE, REBELLISCHE, FREIHEITSLIEBENDE Menschen und keine willfährigen Untertanen oder Sklaven.

Ihr mutigen, KÄMPFT für die Freiheit an Isar, Donau, Main und Lech! KÄMPFT in den Alpen, der Rhön und auf der fränkischen Alb! KÄMPFT am Schneeberg, am Nebelhorn und am Arber! KÄMPFT am Chiemsee, am Bodensee und am Rothsee! Denn es geht um ALLES! Ihr Mutigen, sammelt FREUNDE der FREIHEIT um euch: In Ober- und Niederbayern! In Schwaben und im Allgäu! In der Oberpfalz und dem Bayerischen Wald! In Ober- und in Unterfranken! Und vergesst mir das Mittelfranken nicht!

Sammelt Menschen um euch! JUNGE und ALTE! Frauen und Männer! Menschen aus Bayern und Menschen aus aller WELT in euren Städten und Dörfern! Auf Marktplätzen und in den Straßen! Familien und einsame Menschen! Menschen mit Arbeit und ohne Arbeit! Menschen mit MUT und ängstliche Menschen! Freiberufler und Staatsbedienstete! Menschen mit heller und Menschen mit dunkler Haut!

Wir alle sind Bayern! Wir alle sind es leid, Gefangene eines Dr. Markus Söder zu sein! Wir alle sind Menschen der Freiheit und der Selbstverantwortung und wir wissen, was das Leben kostbar macht, und dass es auch Krankheit und Tod im Leben gibt! Doch wir lassen uns das Leben nicht verbieten, nur weil Herr Dr. Söder sich als oberster Retter des Vaterlandes inszeniert!

Und deshalb beenden wir hier heute SOFORT diesen IRRSINN einer Pandemie, die keine ist. Eine Pandemie, bei der laut WHO Richtlinien nicht die Kranken mit Symptomen und auch nicht die Toten zählen, sondern NUR die Zahl der ›Infizierten‹ zählt, die ja, wie wir alle Wissen, vor allem TESTpositive sind!

Eine Pandemie, die mit Hilfe eines lächerlichen und wissenschaftlich unhaltbaren PCR- Tests, zu einer WELTPANDEMIE aufgebauscht wurde. Eine Pandemie, bei deren vermeintlicher Bekämpfung Millionen Menschen grausam, einsam und verlassen gestorben sind – und weiterhin sterben. Eine konstruierte Pandemie, die einzig dem von Klaus Schwab ausgerufenen GREAT RESET und der undemokratischen TRANSFORMATION von funktionierenden Demokratien in KONZERNABHÄNGIGE Staatskonstrukte nach dem Vorbild des totalitären Kommunistischen Chinas dient.

Und deshalb öffnet alle Geschäfte und Einrichtungen des öffentlichen Lebens! Seid mutig und befolgt nicht die grundgesetzwidrigen Anordnungen! Seid solidarisch mit denen, die von der Staatsgewalt angegriffen werden! Seid besonnen und lasst euch nicht provozieren! Es ist euer Recht FREI zu ATMEN! Es ist euer RECHT die Grundrechte des Grundgesetztes FREI und ohne jede Einschränkung auszuüben, denn das haben die Mütter und Väter des Grundgesetztes so gewollt, damit sich NIEMALS WIEDER EIN DEUTSCHER STAAT ÜBER DEN EINZELNEN MENSCHEN STELLEN KANN! Gott mit Dir, Du Land der Freiheit!«

*Robert Hoeschele ist Betriebswirt IHK und CSU-Mitglied. Er wanderte mit seinen Eltern 1981 aus der UdSSR in die BRD ein. Er hat einen 14-jährigen Sohn.*



Weiße Rose nannte sich eine hauptsächlich von Studenten getragene, von München aus agierende, deutsche Widerstandsgruppe gegen die Hitler-Diktatur, die sich wesentlich auf christliche und humanistische Werte aus der Tradition der bündischen Jugend berief. Sie entstand während des Zweiten Weltkriegs, ab Juni 1942 auf Initiative eines Freundeskreises um Hans Scholl und Alexander Schmorell, später auch Sophie Scholl (Bildmitte). Zwischen Ende Februar und April 1943 wurde sie mit der Enttarnung, Verhaftung und schließlich dem Justizmord an ihren prägenden Mitgliedern nach Todesurteilen der gleichgeschalteten deutschen Justiz zerschlagen. Am 22. Februar 1943, wurden Sophie Scholl, Hans Scholl und Christoph Probst in München enthauptet.

Die Gruppe verfasste, druckte und verteilte auf verschiedenen klandestinen Verbreitungswegen zunächst in der Region München selbst, später über Kuriere auch in einigen anderen Städten des NS-Staates – vor allem in Süddeutschland – insgesamt sechs Flugblätter in unterschiedlicher, tendentiell steigender Auflage von zuletzt 9000 Exemplaren.

»Wir wollen hier nicht urteilen über die verschiedenen möglichen Staatsformen, die Demokratie, die konstitutionelle Monarchie, das Königtum und so weiter. Nur eines will eindeutig und klar herausgehoben werden: Jeder einzelne Mensch hat einen Anspruch auf einen brauchbaren und gerechten Staat, der die Freiheit des einzelnen als auch das Wohl der Gesamtheit, sichert. Denn der Mensch soll nach Gottes Willen frei und unabhängig im Zusammenleben und Zusammenwirken der staatlichen Gemeinschaft sein natürliches Ziel, sein irdisches Glück in Selbständigkeit und Selbsttätigkeit zu erreichen suchen.« (jro mit Material von Wikipedia) Foto: Material-RPI-aktuell/CC




*Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp*

**SEHR GEEHRTE LESERINNEN,**
**LIEBE LESER,**
**LIEBE KINDER,**

die Machthaber dieser Welt starteten im Frühjahr 2020 die größte Lügenkampagne der Geschichte. Sie räumten die verbrieften Menschen- und Grundrechte ab, für die Generationen von uns gekämpft hatten. Nachdem diese Form des Krieges gegen die Menschen nicht mehr funktionierte, fokussierte sich der Nato-Westen darauf, gegen den alten Feind Russland ins Feld zu ziehen.

Der Architekt der alten Neuen Ostpolitik, Egon Bahr (SPD), sagte kurz vor seinem Tod in Anbetracht der überall auf der Welt aufflammenden Krisenherde, dass die alte Ordnung des Schreckens der Systemkonfrontation wenigstens einen Vorteil hatte: überhaupt eine Ordnung zu sein. Und noch dazu eine recht stabile. Hierauf scheinen sich unsere Machthaber derzeit zu konzentrieren. Ihr System ist am Ende. Überall auf der Welt begehrten und begehren die Menschen gegen die immer obszöner werdende Machtkonzentration auf. Da heißts für unsere Herrenmenschen: Ja zur Krise! Ja zum Krieg! Mehr Diktatur wagen! – Wir feiern in diesen Tagen den 75. Geburtstag des Grundgesetzes. »Wie aus Untertanen Staatsbürger wurden«, schreibt die Tagesschau scheinheilig. Ja, das ist derzeit tatsächlich die Frage, da es um eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes geht.

»Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrickung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen«, so ein anderer SPD-Politiker, Kurt Schumacher, in den 1950er Jahren. Wir Demokraten haben das in den vergangenen vier Jahren erlebt. Fast die gesamte deutsche Ärzteschaft hat sich am Corona- und Spritzenverbrechen schuldig gemacht. Sie wurden mit hanebüchenen PCR-Summen oder Freihaltepauschalen bestochen. Der Kulturbetrieb wurde mit Staatsknete ruhiggestellt oder mit Pöstchen bedacht, wenn sie nur ordentlich auf Kritiker der Regierungspolitik eindroschen. Die deutsche Lehrerschaft hat kollektiv Kinder gequält. Unternehmer trieben ihre Belegschaften an die Nadel. Auf welcher Ebene soll man da mit der rechtlichen Ebene anfangen und wo aufhören? Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, kam nun wieder einmal mit der SS um die Ecke. Nicht alle SS-Mitglieder seien Verbrecher gewesen, meinte Krah in einer italienischen Zeitung sagen zu müssen. Dafür bekam er von seiner Parteiführung einen Auftrittsverbot und er legte seinen Posten im Parteivorstand nieder.

Der zweite Weltkrieg ist nun 80 Jahre her. Kaum einer der SS-Typen ist noch am Leben. Die Granden der frühen Bundesrepublik haben sie weitestgehend in die BRD geführt, integriert und nutzbar gemacht. Dem unter der Corona und auch jetzt im Krieg gegen Russland überaus handzahmen Gregor Gysi wird das Verdienst angerechnet, dass er die Mitglieder der alten SED in die Bundesrepublik führte. Man kann nicht auf ewig »nah wohnen, auf getrenntesten Bergen«, wie es der Dichter Hölderlin einmal schrieb. Irgendwann kommt man sich notgedrungen entgegen. Was heißt das für die Demokratiebewegung nun? Erst einmal siegen, natürlich!

Der Querdenker-Gerichtshof findet am 2. August 2024 in Berlin statt. Wie wir Demokraten mit den ganzen kleinen Denunzianten, Mitläufern, Todesspritzern und Kriegsgewinnern rechtsstaatlich umgehen, werden wir noch sehen. Wir vergessen nichts! – In diesen Tagen baut sich der Gerichtshof auf. Später mehr.

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Hendrik Sodenkamp

# RÜCKAUER RECHNET AB

***Corona – Legenden und Wahrheit. Eine Buchbesprechung*** | Von Prof. Dr. Rudolph Bauer

**Professor Doktor Klaus-Dieter Rückauer ist Facharzt für Allgemeine und Kinderchirurgie. In Freiburg/Breisgau war er Leiter das Kinderchirurgischen Klinikums der dortigen Universität.**

Neben Veröffentlichungen wie »Heilen oder Managen« – einer Kritik an den Missständen im Gesundheitswesen – hat er in der Schriftenreihe des Vereins Forum Gesellschaft und Politik eine lesenswerte Abrechnung mit dem Corona-Komplex verfasst. Die Schrift wurde im Bergkamener pad-Verlag in Zusammenarbeit mit der Initiative für eine evidenzbasierte Corona-Information (ICI) veröffentlicht.

Die Veröffentlichung ist fachlich überzeugend. Zugleich kommt sie den Erwartungen einer medizinisch nicht vorgebildeten Leserschaft sehr entgegen. Sie ist in überschaubare Einheiten gegliedert und in verständlicher Sprache verfasst. Jeweils ein Kapitel behandelt die handelnden Akteure in Politik, Wissenschaft, Medien, Justiz und Ärzteschaft. Weitere Kapitel befassen sich mit den verordneten Maßnahmen: dem Maskentragen, den *Lockdown*-Zwängen und der als »Impfung« aufgenötigten experimentellen Gentherapie. Schließlich werden in gesonderten Kapiteln der unerträglich fahrlässige Umgang mit Zahlen und statistischen Angaben sowie das erschreckende Ausmaß die gesellschaftlichen Auswirkungen behandelt.

### IMMUNISIERUNG GEGEN WHO-WIEDERAUFLAGE

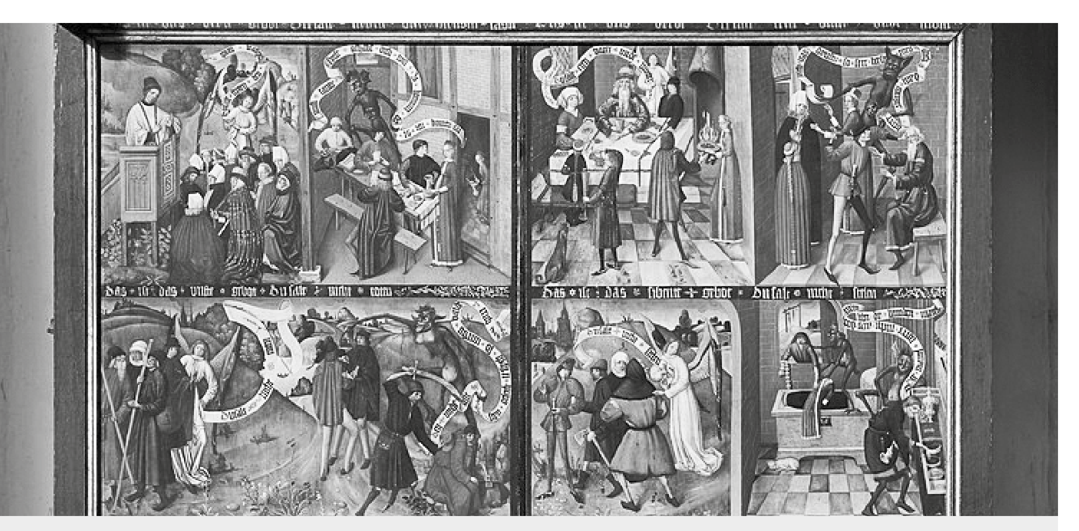
Rückauer schreibt zu Recht: »Für das Nachdenken und Verstehen dieser wesentlichen Eingriffe in unser Leben brauchen wir diese Kenntnisse und Erkenntnisse. Kritik an den getroffenen Entscheidungen und an dem Umgang mit den Menschen ergibt sich daraus zwangsläufig.« Für alle diejenigen aber, die sich in der Phase des Corona-Wahns bereits ein kritisches Bild gemacht haben, dient die Rückauer-Broschüre dem Auffrischen der Erinnerung an das erlittene Unrecht aus »Experten«-Lügen, Politiker-Panik und pharmazeutischen Milliardengewinnen aus Steuergeldern.

Die erschreckenden Befunde, wie Rückauer sie sorgfältig gesammelt und zusammengestellt hat, immunisieren gegen eine Wiederauflage einer ähnlichen Panik-Inszenierung. Die Gefahr einer Wiederholung besteht nicht zuletzt angesichts der Machterweiterung der Weltgesundheitsorganisation WHO und der verantwortungslosen Bereitwilligkeit der Parlamentarier zur Selbstentmachtung und zur Missachtung ihres durch die Wähler erteilten Mandats.

*Klaus-Dieter Rückauer: Corona – Legenden und Wahrheit. Bergkamen: pad-Verlag 2023. 94 Seiten. Euro 6.00. ISBN 978-3-8515-355-9 – Bestellbar unter: pad-Verlag@gmx.net*



Der Freiburger Medizinprofessor Klaus-Dieter Rückauer hat seit April 2020 »regelmäßig Artikel, Videos und wissenschaftliche Studien archiviert, die sich mit den verschiedenen Aspekten des Corona-Themas befassen«, so der Autor. »Zu Beginn 2023 habe ich begonnen, aus dieser großen Datenmenge ein Exzerpt zu erstellen und es zusammenzufassen, gegliedert in die zwölf Kapitel dieses Skripts.« Foto: Fassadenkratzer



**HABEN POLITIKER, MAINSTREAM-PROPAGANDISTEN UND KONZERNMAGNATEN SYSTEMATISCH MIT DEN 10 GEBOTEN GEBROCHEN? – JA ODER NEIN?**

Das erste Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. | Das zweite Gebot: Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen. | Das dritte Gebot: Du sollst den Feiertag heiligen. | Das vierte Gebot: Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren. | Das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten. | Das sechste Gebot: Du sollst nicht ehebrechen. | Das siebte Gebot: Du sollst nicht stehlen. | Das achte Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. | Das neunte Gebot: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus. | Das zehnte Gebot: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau, Knecht, Magd, Vieh noch alles, was dein Nächster hat. | Foto: Zehn-Gebote-Tafel in der Danziger Marienkirche (1480–1490) / CC/Gyddanycz




## UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:




**DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?**

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 175. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 8 vom 13. Juni 2020.



## Hin Da! KULTURKALENDER

26. und 27.05.2024 • Dortmund; Kulturwerkstatt, Lindenhorster Str. 38, 44147 Dortmund • LESUNG • »Welcome To Hysteria« eine spannende Parabel zur Aufarbeitung der Corona-Zeit von Sonni Maier szenisch vorgetragen von 14 Schauspielern • 19:00 Uhr • Tickets: ab 5,67 € unter eventim-light.com

27.05.2024 • Dresden Kultur Haus Loschwitz, Friedrich-Wieck-Str. 6, 01326 Dresden • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

28. und 29.05.2024 • Bestwig; Künstlerdorf , Föckinghausen 6 – 10, 59909 Bestwig • LESUNG • »Welcome To Hysteria« eine spannende Parabel zur Aufarbeitung der Corona-Zeit von Sonni Maier szenisch vorgetragen von 14 Schauspielern • 19:00 Uhr • Tickets: ab 5,67 € unter eventim-light.com

28.05.2024 • Überlingen;Buchhandlung Odilia; Münsterplatz 10, 88662 Überlingen • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschließend Diskussion • 19:00 Uhr • Tickets: im Vorverkauf 30 € unter www.stattzeitung.org oder an der Abendkasse 35€

31.05.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Macht und ihre Herrschaftstechniken – Präsenz des propagandistischen Systems im Alltag« von Astrid Nestvogel (Neue Gesellschaft für Psychologie) • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

01.06.2024 • Deggendorf; Stadthalle, Edlmairstr. 2, 94469 Deggendorf • FESTIVAL • »Fairändern« Vorträge von Christian Kreis, Christian Felber und Thomas Hann, Musik von Rairda • 15:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter deggendorfmiteinander.de

01.06.2024 • Remscheid; Stadtpark, Hindenburgstr. 84, 42853 Remscheid • FESTIVAL • »Housepark – Open air« mit Alchemiah, Moguai, S.E.B.I u.v.m. • 14:00 Uhr – 23:00 Uhr • Eintritt frei

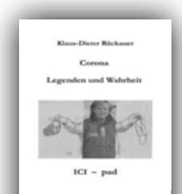
03.06.2024 • Merseburg; Kunsttanke, Domstr. 5, 06217 Merseburg • MONTAGSKAFFEE • gemeinsam Kontrafunk hören mit Kaffee und Kuchen vom Blech • 19:00 Uhr • Eintritt frei

08.06.2024 • Berlin; Musikbrauerrei, Greifswalder Str. 23 a, 10405 Berlin • KONZERT • »6. Solidaritätskonzert für Julian Assange« moderiert von Nina Maleika und Jens Fischer Rodrian, zu Gast Gudrun Pawelke, Diether Dehm, Uli Gausmann und ein Überraschungsgast, Musik von Ulla Meinecke, Martin Zels, Bustek & Lapaz, Wolfgang & Berivan, Rotatonics und Captain Future • Einlass ab 18:30 • Tickets: AK 25 €, VVK 21,50€ unter protestnoten.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

## DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CORONA – LEGENDEN UND WAHRHEIT.
Klaus-Dieter Rückauer
Pad-Verlag, ISBN 978-3-8515-355-9



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u. a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u. a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

# GOTT MIT UNS!





*von Anselm Lenz*

**Eines der ältesten Medien ist die Bibel, das Buch der Christen. Die Wirkung der Bibel entfaltete sich vor allem kulturell. Zentraler Baustein sind die Zehn Gebote.**

Diese Zeitung ist bekanntermaßen kein religiöses Blatt, sondern mit über 30 Millionen gedruckten und echt verbreiteten Exemplaren in nunmehr 175 Ausgaben der erfolgreiche Verbreiter des Grundgesetzes Nummer eins (immer Seite 16). In dem Gesetzestext sind Menschenrecht und die Grundsätze des Christentums verflochten.

Eine Vielzahl von Interpretationen, Übersetzungsschritte, Bearbeitungen, Kommentaren, Widerlegungen und Verteufelungen ranken sich um das Buch der Christen und die christliche Religion insgesamt. Echte Christen sind sich sicher, dass Verfehlungen aus Europa und in Europa nicht an der reinen Religion und deren Lehrsätzen festzumachen seien, sondern an unchristlichen Tendenzen im Kirchenapparat und der Gesellschaft, die der Religion und der damit verbundenen Lebensweise entgegenstehen, nicht ihr entspringen.

Ich bin eher geneigt, letzter Auffassung zuzustimmen. Das Christentum ist meines bescheidenen Erachtens und nach Literatur eine eher positive, menschenfreundliche und im Neuen Testament (dem zweiten Buch der Bibel) eine heitere Religion (religio, Lateinisch für gewissenhafte Berücksichtigung, Sorgfalt; relegere, bedenken, achtgeben). Es reicht also für das Kulturelle und Politische aus, das Christentum zu berücksichtigen. Wie geht das? Nicht mit den Zehn Geboten brechen, schon gar nicht absichtlich, geplant und systematisch. Genau das aber haben eine Anzahl von Politikern, Medienkollegen und Konzernoligarchen seit Ausrufung des Terror- und Kriegsregimes im März 2020 leider getan. Am vehementesten jene aus CDU-CSU und deren Umfeld.

Bei der Frage, was denn die christliche Ökonomie sei, würde ich mich nicht festlegen wollen. Mit dem Christentum und seinen Texten sind sowohl ur-marktwirtschaftliche als auch ur-kommunistische Produktionsweisen begründbar (Bergpredigt, Papst Franziskus »Evangelii gaudium« oder schon 1961 »Mater et magista versus Johannes Paul II., Thomas von Aquin, im Grunde das Alte Testament). Was mit der Bibel mit Sicherheit nicht geht, sind totale Propaganda, Spritzengenozid, Völkermord, totalitäre Unterjochung, Überwachung, Terror, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. – Ich meine: Wir Christen sollten jene, die dafür verantwortlich sind, aktiv ächten und möglicherweise sogar zur Aufstellung von Selbstverteidigungsverbänden gegen Kriegstreiber, Regierungs- und Konzernaktivitäten übergehen.

*Anselm Lenz, geboren 1980 in Hamburg, ist Journalist, Kulturwissenschaftler, Staatstheaterdramaturg, Journalist und Verleger.*



# BUßE IST ETWAS WUNDERBARES!

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

*Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter*

**Dass das Christentum dauernd von »Buße« und »Sünde« spricht, stößt manche Menschen ab. Ist das nicht deprimierend?**

Hat man mit den Bußpredigten nicht die Menschen geknechtet? Ist es nicht besser, sein Inneres in Frieden zu bringen, die negativen Gedanken wegzuschieben und dann ins Handeln zu kommen? Ich glaube, dass in der christlichen Buße Kraft und Freiheit stekken. Kennen Sie Menschen, die sich stets als Opfer fühlen? Die kommen nicht weiter in ihrem Leben und sind für die Mitmenschen unangenehm. Oder sehen wir uns die vielen Mitläufer und Mittäter der Coronadiktatur an. Die Politiker sagen: Etwas darüber nachdenken, wie das gelaufen ist, ist schon gut, aber es darf keine Schuld zugewiesen werden! Von Buße und Entschuldigung keine Spur. Sogar viele Christen, die beim Test-, Masken- und Impfterror mitgemacht und andere ausgeschlossen haben, verhalten sich so. So bleiben sie in ihrer Blindheit und Schuld gefangen. Doch da zeige ich schon wieder auf andere. Buße hingegen wendet sich an mich. Andere zu ermahnen und kritisieren, hat seinen Platz. Aber das Christentum wendet sich zu zuallererst an jeden einzelnen, an mich. Was tut sich in mir, wenn ich mich frage, wo ich heute oder in der Vergangenheit Dinge getan habe, die ich nicht hätte tun sollen, oder Dinge zu tun versäumt habe, die ich hätte tun sollen? Meine Neigung, die Schuld bei anderen zu suchen, ihnen Vorwürfe zu machen und meine Fehler zu übersehen, löst sich auf. Ich werde frei, mich zu verbessern, mit Gottes Hilfe. Für meine Mitmenschen werde ich ein angenehmerer Zeitgenosse. Dass meine Fehler und Versäumnisse »Sünde« vor Gott sind, ist vielen Menschen heute ein ungewohnter Gedanke. »Schwamm drüber!«, würde Gott sagen. Ist das so klar? Würde Gott, der das Gute in Person ist, so reagieren? Das Christentum bietet in der Person Jesu Christi eine umfassende Antwort auf die Schuld und die Fehler des Menschen. Dazu gehören Vergebung, »ewiges Leben«, ein Leben in einer heilen Beziehung mit Gott und ein Plan, wie der, der Gottes Angebot annimmt, ein besserer Mensch wird.

Vorwürfe und moralische Forderungen gibt es heute mehr denn je. Wer nicht angepasst ist, wird mit Vorwürfen überzogen wie »Du Rechtsextremer!», »Hasserfüllter Hetzer!«, »Antisemit!«, »Homophob!«, »Rassist!«, »Schwurbler!«, »Querdenker!«, »Klimaleugner!«. Wie anders, wie viel echter und befreiender ist da der christliche Ruf zur Buße.

*Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.vonwachter.de*



# SPORT MIT BERTHOLD

## SPORTMINISTERIN ERZEUGT EKLAT IN MONACO

**Mohamed Camara vom AS Monaco ist ein Fußballprofi aus Mali, jenem afrikanischen Land, das französische Truppen zuletzt unter Schimpf und Schande nach Hause schickte. Nun geht die französische Sportministerin auf den Sportler los.**

»Es ist ein inakzeptables Verhalten«, so Amelie Oudea-Castera am letzten Spieltag der Saison gegenüber dem französischen RTL. »Ich hatte gestern Abend Gelegenheit, der Liga zu sagen, was ich darüber denke, und ein solches Verhalten muss mit den härtesten Sanktionen gegen den Spieler und den Verein geahndet werden.« Was wird dem Mann vorgeworfen, dass er so an den Pranger gestellt wird? Camara hatte das von der Liga vorgeschriebene Schwulen-Abzeichen auf der Brust und am Ärmel seines Trikots neutral überklebt.

### FÜR NULLKOMMANULL-NULLZWEI PROZENT?

Ich kann nur hoffen dass sein Verein zu Ihm steht. Die französische Sportministerin posaunt, dass hier hart durchgegriffen werden muss. Aber auf welcher Rechtsgrundlage? Ich meine: Hunde, die bellen, beißen nicht! Die Posse ist beabsichtigt und wird für Camara keine weiteren Folgen haben. Aber vielleicht Nachahmer finden. Denn wie groß ist eigentlich die sogenannte LGBTQ-Community, 0,002 Prozent? Wen interessiert das wirklich? Niemanden! Camara kann ich nur beistehen und ihm empfehlen, standhaft zu bleiben und sich auf den Fussball zu konzentrieren. Seit Längerem warten wir darauf, dass mal Profis der Regenbogenszene schützend das Wort ergreifen oder sich gegen ihre Instrumentalisierung durch die Politik wehren. Aber die Hitzlsbergers dieser Welt sind wohl zu smart, um hier eventuell einem jungen Spieler zur Seite zu stehen – denn die öffentlich-rechtlichen Medien spielen das Spiel brav mit. Zu meiner Zeit habe ich keinen jungen Mitspieler gekannt, der sich nicht für Frauen interessiert hat. Ein Homosexueller war mir ebenso nicht bekannt. Mehr ist dazu nicht zu kommentieren, der politische Regenbogenzirkus ist mir zu blöd!



k INT. FUSSBALL Startseite



Auf der Brust von Mohamed Camara ist klar zu sehen, dass er das Abzeichen überklebt hat.
© AFP via Getty Images

**Mohamed Camara** hat am Sonntag für sich ein Zeichen gesetzt, das gar nicht gut ankommt. Der Mittelfeldmann von der AS Monaco verweigerte sich der Teilnahme an der von der Ligue 1 organisierten Aktion zur Bekämpfung von Homophobie.

Das Sportmagazin Kicker in seiner Online-Ausgabe am Montag.
Bildschirmfoto: DW/Thomas Berthold

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

DURCH KEINE URSACHE IN DER WELT KANN DER MENSCH AUFHÖREN, EIN FREI HANDELNDES WESEN ZU SEIN
IMMANUEL KANT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*